

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

02
2023

JUNI 2023
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

FRAKTIONS-MANAGER THORSTEN FREI
IM INTERVIEW:

**„Wir brauchen
eine neue
Angebotspolitik“**

DEUTSCHLAND IN DER REZESSION:
Wirtschafts- und Energiepolitik in Schiefelage



Für alle, die lieber

vorangehen statt warten:

der Firmenkredit der ING.

Chancen ergreifen und Ideen schneller umsetzen:
mit dem Firmenkredit der ING.

- Für kleine und mittlere Unternehmen
- Einfach online beantragen
- Kreditentscheidung innerhalb von 48 Stunden

ing.de/firmenkredit



do your thing

Deutschland ist wieder der kranke Mann Europas



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

seit Monaten haben wir gewarnt. Vergeblich. Erst kam die Stagnation. Jetzt befindet sich Deutschland in der Rezession. In einer hausgemachten Rezession, um genau zu sein. Denn die weltweit höchsten Energiepreise ruinieren den Verbraucher-Konsum und die Standortbedingungen der Betriebe.

Den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern fehlt Planungssicherheit. Das für den Mittelstand wichtigste Ministerium – Habecks Haus – wird von Skandalen rund um den grünen Filz gelähmt. Und die Gesetzentwürfe, die es schließlich doch ins Kabinett schaffen, sind hochumstritten. Sogar in der Regierung selbst. Das Gezerre um das Gebäudeenergiegesetz bietet ein Lehrstück dafür, wie man die Bürgerinnen und Bürger verunsichert und Demokratieverdrossenheit schürt. Rentner überlegen, ihr Häuschen zu verkaufen und ins Seniorenheim zu ziehen, weil sie keine Sanierungskredite mehr erhalten. Immer mehr Familien schminken sich den Traum von den eigenen vier Wänden ab. Dabei ist Wohneigentum ein wichtiger Weg zur Vermögensbildung und damit zur Altersabsicherung. Stattdessen sind wir Europas Schlusslicht bei der Eigentumsquote.

Klar ist: Die deutsche Wirtschaft befindet sich am Scheideweg. Vor zwei Jahrzehnten galt Deutschland als der „kranke Mann Europas“. Unter einer unionsgeführten Bundesregierung entwickelte sich das Land zum Wachstumsmotor des Kontinents. Jetzt aber sind wir wieder das Schlusslicht unter den Industrienationen: Unsere Wirtschaft schrumpft, während sie in Europa in diesem Jahr um immerhin 0,7% wachsen soll. Es gibt nichts zu beschönigen: Wir sind wieder der kranke Mann Europas.

Doch hier können wir gegensteuern. Zuallererst müssen wir in der anhaltenden Energiekrise das inländische Energieangebot vergrößern: Unsere heimischen Energieträger wie Erdgas müssen endlich konsequent genutzt anstatt – wie die Biomasse – politisch behindert zu werden. Wir brauchen die Möglichkeit der zeitweiligen Wiederinbetriebnahme der drei am 15. April vom Netz gegangenen Kernkraftwerke.

Und der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss beschleunigt, geeignete Freiflächen ausgewiesen und Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

Zweitens: Der Arbeitskräftemangel ist zu einer riesigen Bedrohung für den Standort Deutschland geworden. Statt Arbeitslosigkeit haben wir Arbeiterlosigkeit. Das bedeutet: Das Arbeitskräfteangebot muss voll ausgeschöpft werden. Dafür sollten wir die Anreize zur Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung fördern. Was heißt das konkret?

Das Lohnabstandsgebot im Niedriglohnbereich muss wieder stärkere Beachtung finden. Die Höchstarbeitszeit ist pro Woche anstatt pro Tag zu begrenzen. Die Debatte um eine Vier-Tage-Woche ist dagegen aus der Zeit gefallen. In der Einkommenssteuer brauchen wir einen Tarif auf Rädern, um Steuerzahler dauerhaft vor illegitimen Steuererhöhungen durch die Inflation zu schützen. Das Renteneintrittsalter muss flexibler gestaltet werden, um der stetig steigenden Lebenserwartung gerecht zu werden. Und wir brauchen eine geordnete Fachkräftezuwanderung – mit einem schnelleren Erwerb deutscher Sprachkenntnisse sowie einer beschleunigten Anerkennung von passenden Bildungsabschlüssen.

Unterhält man sich mit Unternehmern, macht ihnen vor allem ein dritter Punkt zu schaffen: Deutschlands Betriebe ächzen wie noch nie unter der Bürokratie. Das von Olaf Scholz im Herbst versprochene Belastungsmoratorium blieb ein leeres Versprechen. Denn eine Politik, die faktisch jeden Bereich unseres Lebens und Wirtschaftens regulieren will, schafft nun einmal neue Bürokratie. Fakt ist: Jedes neue Gesetz, jede Regulierung – egal ob aus Berlin oder aus Brüssel – muss auf den Prüfstand. Hier muss einfach der Grundsatz gelten: So viel wie nötig, aber so wenig wie möglich.

Die MIT wird sich als Stimme der Vernunft und der Sozialen Marktwirtschaft für einen starken Standort Deutschland einsetzen. Hoffen wir, dass auch die Ampel endlich zur Vernunft kommt.

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Fabian Wendenburg

Chef vom Dienst:
Dr. Juliane Berndt

Redaktion:
Lars Jüngling-Dahlhoff
Dr. Christoph Sprich

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Dr. Christoph Hoppe
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Laurence Chaperon

Druckauflage:
26.000 Exemplare

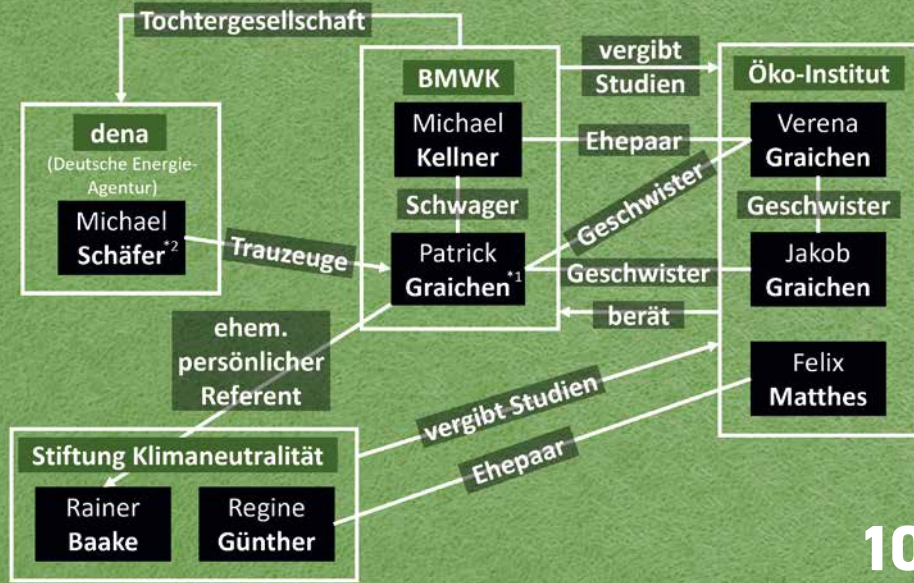
Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der Firmen regiotec digital GmbH und Pro-Idee GmbH & Co. KG bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Grüner Filz im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vor Bekanntwerden der Trauzeugen-Affäre



Anmerkungen:

*1 Patrick Graichen wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt
*2 Michael Schäfer wird nicht Chef der dena. Das Verfahren wird neu aufgesetzt.

MIT:EDITORIAL

Deutschland ist wieder der kranke Mann Europas 3
von Gitta Connemann MdB

MIT:KOLUMNE

Deutschland steht vor den größten Herausforderungen seit der Industriellen Revolution 8
Nikolaus Doll von der „Welt“ stellt die Prioritäten der Bundesregierung infrage

MIT:THEMA

Grüner Filz und kein Ende
Chaos-Tage im Wirtschaftsministerium 10
Wann ist das BMWK endlich wieder arbeitsfähig?

Deutschland in der Deindustrialisierung 14
Immer mehr Unternehmer zieht es ins Ausland. Was jetzt getan werden muss

Nach dem Kernenergie-Aus
Deutschland auf dem energiepolitischen Irrweg 18
Unsere AKW werden abgeschaltet – stattdessen importieren wir fleißig Atomstrom aus dem Ausland

MIT:TITEL

Interview mit Thorsten Frei
„Wir brauchen eine neue Angebotspolitik“ 22
Der Fraktionsmanager der CDU/CSU im Interview mit Chefredakteur Fabian Wendenburg





22

MIT:ERKLÄRT

So wird die Kohlenstoffentnahme zu einem Mehrwert für alle Beteiligten
Regionale CO₂-Speicher gegen den Klimawandel

Mit Technologie made in Germany gegen die Erderwärmung

28

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Brauchen wir sektorübergreifende Klimaziele?

Es diskutieren die beiden MdB und MIT-Mitglieder Klaus Wiener und Thomas Heilmann

30



32

MIT:FAKTEN

6, 9

Das Handwerk sucht Azubis, Steuereinnahmen brechen weg, Alternativen zu China gesucht: Das sind die Fakten

MIT: INSIDE**EU-Check**

32

Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands
Volltreffer in Dortmund

32

Abschiedsfeier im Humboldt Forum
Mach's gut, lieber Thorsten!

34

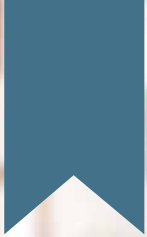
Neumitglieder

37

Mitgliederstatistik

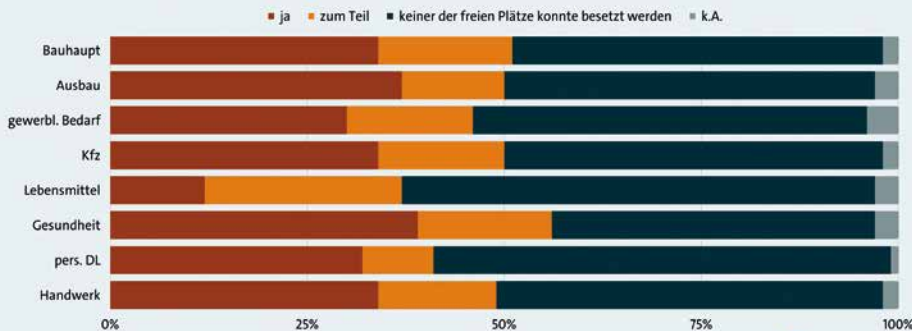
38





Konnten Sie alle freien Ausbildungsplätze in diesem Jahr besetzen?

in % der an der Sonderumfrage zur Ausbildungssituation im Handwerk (Herbst 2022) teilnehmende Betriebe die 2022 Ausbildungsplätze neu besetzen wollten nach Gewerbegruppen



Zentralverband des Deutschen Handwerks



Hohe Ausbildungsbereitschaft im Handwerk

Die Ausbildungsbereitschaft der Handwerksbetriebe ist ungebrochen hoch und liegt über der in anderen Wirtschaftsbereichen. Nach einer aktuellen ZDH-Umfrage bildeten Ende vergangenen Jahres 27 Prozent der Handwerksbetriebe aus, in der Ge-

samtwirtschaft lag die Ausbildungsbetriebsquote bei knapp 20 Prozent.

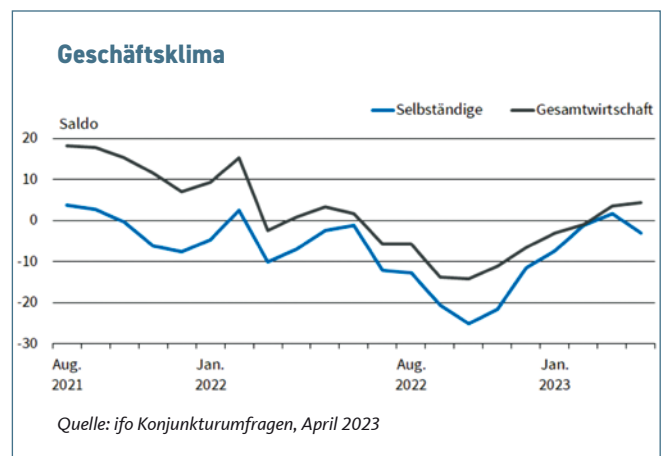
Aber: Diesem ungebrochen hohen Ausbildungswillen der Handwerksbetriebe stehen immer weniger Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. So können jährlich rund 20 000 Aus-

bildungsstellen, die die Handwerksbetriebe bereitstellen und jungen Menschen anbieten, nicht besetzt werden. Jeder zweite Handwerksbetrieb gab an, keine passenden Bewerber für offene Ausbildungsplätze zu finden.

Geschäftsklima für Selbständige trübt sich ein

Das Geschäftsklima für Selbständige hat sich verschlechtert. Der „Jimdo-ifo-Geschäftsklimaindex für Selbständige“ sank im April auf -3,2 Punkte nach +1,8 im März. „Anders als in der Gesamtwirtschaft ist die Erholung vom Vormonat schnell wieder verpufft“, sagt ifo-Expertin Katrin Demmelhuber. „Der Entwicklung bei Selbständigen und Kleinunternehmen fehlt es aktuell an Dynamik.“

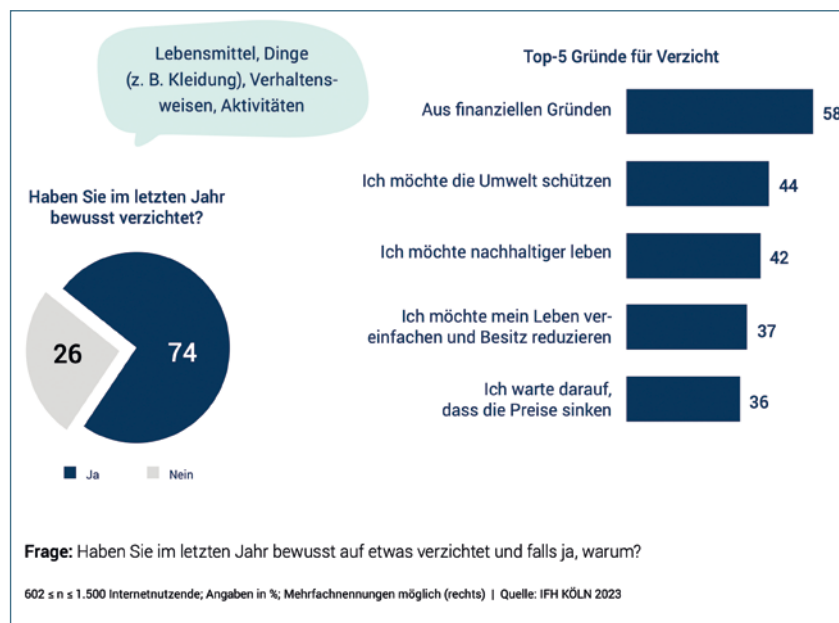
Bei den Dienstleistern unter den Befragten endete die positive Entwicklung der vergangenen fünf Monate. Die Unternehmen waren mit der Geschäftslage weniger zufrieden, und die Selbständigen schätzten ihre Perspektiven zurückhaltend ein. Die Sorgenfallen in Anbetracht der Auftragslage nahmen zu. Angesichts der schwachen Umsatzentwicklung überwogen im Einzelhandel weiter die negativen Bewertungen der Lage. Bei den Geschäftsaussichten für die kommenden Monate blieben die Sorgen groß.



Finanzen: Gebrauchte Waren im Trend

Die Verbraucherpreise sind enorm gestiegen – und die Deutschen greifen laut Umfragen des Handelsverbands HDE immer öfter zu gebrauchten Waren oder lassen reparieren. Der Verband rechnet für den Second-Hand-Markt in diesem Jahr mit einem Wachstum um acht Prozent auf dann rund 15 Milliarden Euro. Das entspricht gut zwei Prozent des gesamten Umsatzvolumens im Einzelhandel. Treiber in diesem Marktsegment sind die Onlineangebote. Aber auch der überwiegend stationäre Branchenfachhandel ist hier aktiv. Die Kundinnen und Kunden greifen zu Second Hand vor allem bei Fashion und Accessoires (65 Prozent), Spielwaren (48 Prozent) oder Elektronikprodukten (37 Prozent). Neben gebrauchten Waren spielen auch Reparaturangebote eine immer größere Rolle. Hierfür geben die Verbraucher jährlich 3,7 Milliarden Euro aus. Als wesentliche Treiber für

Konsumverzicht und dessen Gründe



diesen Trend gelten laut Handelsverband vor allem finanzielle Gründe (58 Prozent), gefolgt von Umwelt-

schutz (44 Prozent) und dem Wunsch nach einem nachhaltigen Lebensstil (42 Prozent).

Steuereinnahmen brechen weg

Bund, Länder und Kommunen müssen im kommenden Jahr voraussichtlich mit weniger Steuereinnahmen auskommen als bisher angenommen.

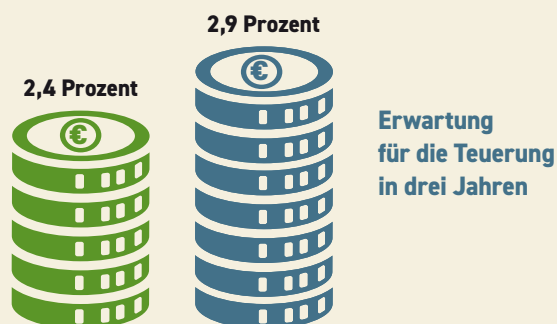
Die Steuerschätzer gehen davon aus, dass 30,8 Milliarden Euro weniger in die Kassen fließen als gedacht, insgesamt erwarten sie für 2024 Einnahmen von 962,2 Milliarden Euro.

Der Schätzzeitraum umfasst die Jahre bis 2027 – hier prognostizieren die Schätzer jährlich im Schnitt rund 30 Milliarden Euro weniger Einnahmen als zuletzt.

Für Bund, Länder und Kommunen zusammen ergeben sich aus der neuen Steuerschätzung bis 2027 Mindereinnahmen von zusammen 148,7 Milliarden Euro.

„Angezählt“

... sind die Verbraucher der Eurozone: Sie gehen nach der „Consumer Expectations Survey“ der Europäischen Zentralbank (EZB) von einer stärkeren Inflation aus. Die Erwartungen für die Teuerung auf Sicht von zwölf Monaten erhöhten sich im März von 4,6 auf 5,0 Prozent. Die Erwartung für die Teuerung in drei Jahren stieg von 2,4 auf 2,9 Prozent.



Deutschland steht vor den größten Herausforderungen seit der Industriellen Revolution

Von Nikolaus Doll



Nikolaus Doll hat Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg studiert. Ab 2004 war er Redakteur im Wirtschaftsressort der WELT, derzeit ist er verantwortlicher Redakteur Innenpolitik bei WELT und WELT am SONNTAG.

Ein neuen Regierungsstil hatte die Ampel-Koalition angekündigt, eine ganz neue Debatten-Kultur. Und man kann nicht behaupten, dass SPD, Grüne und FDP in diesem Punkt nicht geliefert hätten. Allerdings anders als versprochen.

Die drei Koalitionspartner diskutieren, streiten und ringen mit einer Hartnäckigkeit und Verbissenheit und in einer Grundsätzlichkeit, die oft weit über das hinausgeht, was die Große Koalition geboten hatte. Besorgniserregend sind dabei weniger jene Themen, über die Sozialdemokraten, Grüne und Liberale im Clinch liegen – sondern die, die sie sorgsam aussparen.

Die Ampel reibt sich an der hochumstrittenen Wärmepumpe auf, an der Frage, ob zuerst Trassen oder Straßen saniert werden sollen, an der Kindergrundsicherung oder an den Details des 49-Euro-Tickets. Allesamt keine unwichtigen Themen, aber angesichts der wirklich entscheidenden Aufgaben Luxusprobleme beziehungsweise die falsche Stoßrichtung.

Deutschland steht vor den größten Herausforderungen seit der Industriellen Revolution, ökonomisch und gesellschaftlich. Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende, die fortschreitende Digitalisierung und rasante Entwicklung bei Künstlicher Intelligenz werden alle Bereiche unseres Alltags erfassen. Wir werden schon sehr bald nicht mehr so produzieren, konsumieren, unsere Freizeit und unser gesamtes Leben so gestalten, wie es Generationen vor uns getan haben.

Wörter wie „fernsehen“ oder „grillen“, „Bücherregal“, „Lenkrad“ oder „Schichtarbeit“ kennen vermutlich schon unsere Enkel nur noch aus – freilich digitalisierten – Wörterbüchern. Was wir für unser tägliches Leben brauchen, was die Volkswirtschaft erzeugt, werden Roboter Maschinen ausstoßen, die wir heute noch etwas unbeholfen 3-D-Drucker nennen. Die Produkte werden von selbstlernenden Maschinen erdacht, gestaltet, gebaut, geliefert, gewartet, am Ende ihres Zyklus zerlegt und wiederverwertet. Der Mensch wird organisieren, verwalten, führen. Und der Treibstoff, der all das in Bewegung hält, der uns wärmt oder kühlt, wird sauberer Strom sein. Doch nichts in diesem Land ist auf diese Transformation vorbereitet.

Während in Amerika und Asien die neuen, gigantischen digitalen Plattformen entstehen, die Konzerne, die die Treiber der Weltwirtschaft sein werden, die Geschäftsmodelle der Zukunft, die Visionen für immer neue Entwicklungsschübe, freut sich die Ampel-Koalition über ein neues Lieferkettengesetz.

Deutschland müht sich dagegen selbst mit der Digitalisierung und schafft es nicht mal, „Verkehrsleitungen“ wie Eisenbahnschienen und Asphaltstraßen in Schuss zu halten. Die Bundesregierung vernachlässigt Bildung, Ausbildung und Forschung. Sie setzt keine Impulse, den Mittelstand, das Handwerk fit für die digitale Zukunft zu machen. Sie sieht hilflos bis desinteressiert zu, wie die deutschen Konzerne international ins Hintertreffen geraten, an Wert verlieren und versuchen, ihr Heil in Abwanderung zu suchen.

Das Dilemma ist deutlich im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zu sehen, in dem Minister Robert Habeck für den Klimaschutz alles in seiner Kraft Stehende tut und für die Wirtschaft sehr wenig. Das über allem stehende Ziel, den Klimawandel zu stoppen, kann aber nur erreicht werden, wenn es dafür eine materielle Grundlage gibt, eine funktionierende Wirtschaft und die Bereitschaft der Menschen, sich dafür einzusetzen. Beides riskiert diese Bundesregierung derzeit. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Keine Erholung: Industrie droht Stillstand

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, ist die Produktion im Produzierenden Gewerbe im März 2023 gegenüber dem Vormonat Februar preis-, saison- und kalenderbereinigt um 3,4 Prozent gesunken. Die DIHK bewertete diese Entwicklung als „deutlichen Dämpfer“ für die Industrie: „Selbst abnehmende Materialengpässe und gesunkene Energiepreise können die getrübbte Weltkonjunktur und die schleppende Nachfrage im Inland nicht ausgleichen.“ Anstelle der erhofften Erholung drohe der Industrie „eher Stillstand“.

Einen besonders großen Anteil am Rückgang der Produktion im Produzierenden Gewerbe hatte die Automobilindustrie. Nach einem Anstieg im Vormonat um 6,9 Prozent ging die Produktion im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen saison- und kalenderbereinigt um 6,5 Prozent zum Vormonat zurück. Auch die Rück-

Produktion für das Produzierende Gewerbe



gänge im Maschinenbau (-3,4 Prozent) und im Baugewerbe (-4,6 Prozent) wirkten sich deutlich negativ auf das Gesamtergebnis aus.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Firmen suchen nach Alternativen zu China

Der Standort China wird einer Umfrage der EU-Handelskammer zufolge in Teilen der europäischen Wirtschaft zunehmend kritisch gesehen. Neun Prozent der befragten Unternehmen haben sich demnach bereits entschieden, aktuelle oder künftige Investitionen aus China zu verlagern. Fast jedes sechste Unternehmen schau sich bereits nach möglichen alternativen Standorten um.

Durch die strengen Lockdowns in China

wurde das Geschäft vieler Firmen auf die Probe gestellt; Produktionsstilllegungen und unterbrochene Lieferketten waren die Folge. Laut EU-Handelskammer hat sich schon im vergangenen Jahr knapp jedes vierte Unternehmen wegen der strikten Covid-Auflagen anderweitig umgesehen. Dabei ist die deutsche Wirtschaft von in China erwirtschafteten Gewinnen offenbar weniger abhängig als angenommen, wie eine neue

Studie zeigt. Aus den Investitionen deutscher Unternehmen in der Volksrepublik flossen zwischen 2017 und 2021 jährlich Gewinne von sieben bis elf Milliarden Euro nach Deutschland zurück, ergab eine gemeinsame Untersuchung von Bertelsmann Stiftung, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Mercator Institute for China Studies (Merics) und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Anzeige

Logistik-Lösungen für Leistungsträger

dynamisch · zertifiziert · inhabergeführt



Für kleine und ganz große Aufgaben:

120.000 Palettenstellplätze · 160 Fahrzeuge · 500 Mitarbeiter · Warehouse-Management · SAP · Onlinehandel · Li-Ion-Akku-/Batterie-/Gefahrgutlager Sondertransporte · Sicherheitsbereich · Entsorgung · eigenes Büro möglich Reg.B. · BIO-zertifiziert · 365/24 -Lager im Dreieck A7 / A2

Logistik · Network · Workspace

www.ebeling-logistik.de

Hannover / Wedemark · Tel. 05130-5800-0

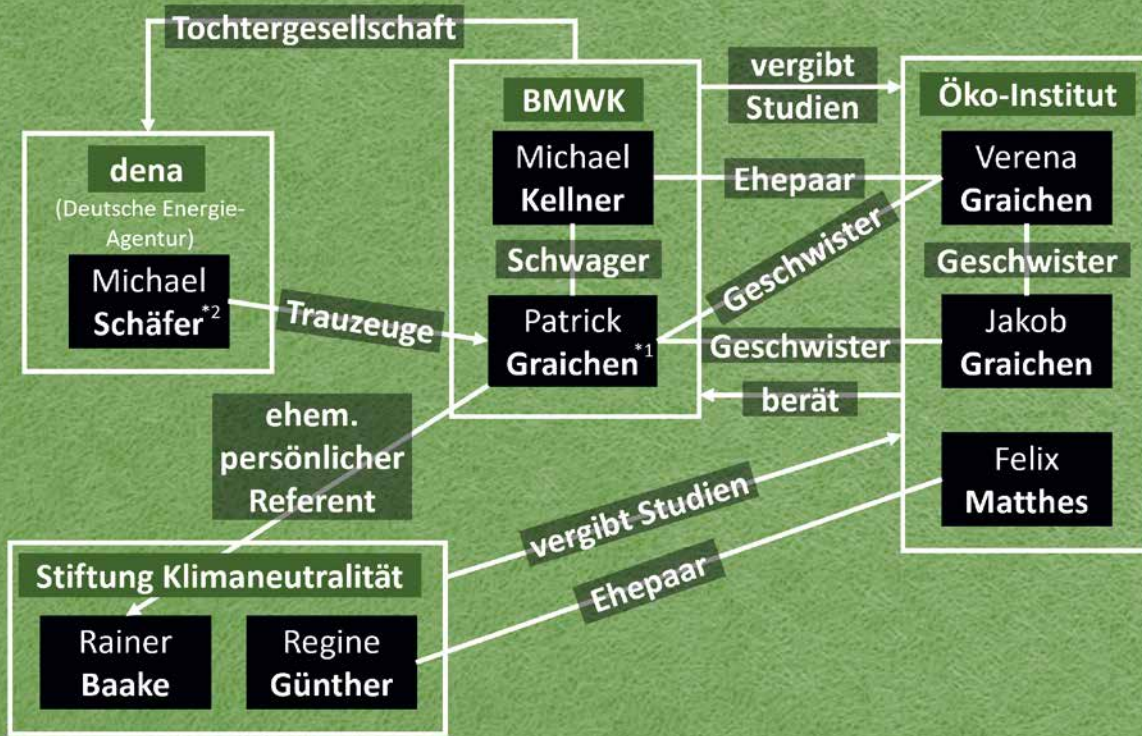


EBELING

Weil wir's können. **Logistik**



Grüner Filz im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vor Bekanntwerden der Trauzeugen-Affäre



Anmerkungen:
 *1 Patrick Graichen wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt
 *2 Michael Schäfer wird nicht Chef der dena. Das Verfahren wird neu aufgesetzt.

Das für den Mittelstand wichtigste Ministerium wird Woche um Woche von neuen Skandalen erschüttert. Das BMWK wirkt in weiten Teilen gelähmt. Und die Gesetzesentwürfe, die es doch noch hervorbringt, werden massiv kritisiert. Wie konnte es so weit kommen?

GRÜNER FILZ UND KEIN ENDE

Chaos-Tage im Wirtschaftsministerium

Mittwoch, 15. Dezember 2021. Patrick Graichen wird vom neuen Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck zum verbeamteten Staatssekretär ernannt. Seine Aufgabe: die Energiewende. Er soll Habecks wichtigster Mann werden. In den ersten Wochen wird dann schnell allen klar: Graichen ist die rechte Hand und der fachliche Input-Geber des Ministers. Nicht mal zwei Jahre später hat Habeck seinen wichtigsten Mann verloren. Mitte Mai war es

„der eine Fehler zu viel“, der Graichen zu Fall brachte: Er hatte eine Vorlage zur Vergabe von Fördermitteln an eine Organisation unterzeichnet, in deren Vorstand seine Schwester Verena Graichen sitzt.

Diskussion um Vetterwirtschaft

Vorweg vergingen Wochen des Stillstands, denn die sogenannte Trauzeugen-Affäre hatte die Diskussion um Vetterwirtschaft im Bundeswirtschaftsministerium entfacht und das wichtigste Ministerium für den deutschen Mittelstand gelähmt. Staatssekretär Graichen hatte den Minister erst nach Unterzeichnung des Arbeitsvertrages zwischen Michael Schäfer und der Deutschen Energieagentur (dena) über seine persönliche Beziehung – Schäfer war Graichens Trauzeuge und Schulfreund – informiert.

Seit dem 17. Mai ist Graichen weg. Ihm folgt Phillipp Nimmermann, ein Habeck-Vertrauter aus dessen Stamm-land Schleswig-Holstein. Ganz wichtig: Nimmermann hat keine offensichtliche Verbindung ins grüne Freundschafts-Energienetzwerk. Ein Netz aus Lobbyisten, Wissenschaftsbetrieb und Ministerialbeamten, welches über Jahre aufgebaut wurde. Mit dem Wechsel der Regierung im Herbst 2021 hatte für dieses Netzwerk die Stunde geschlagen. Graichen hatte sich 2012 vom Bundesumweltministerium für den Aufbau des grünen Lobby-Think-Tanks „Agora Energiewende“ freistellen lassen. Er sollte als Staatssekretär im Habeck-Haus den Umbau gestalten und voranbringen. Die Pläne dazu hatte er offenbar seit seiner Zeit bei Agora bereits griffbereit in der Schublade.

Dennoch wäre es zu einfach, die Wirkungsmacht des Netzwerks auf die Personalie Patrick Graichen zu reduzieren. Viele der Mitglieder des Netzwerks in Graichens Alter kennen sich bereits aus der Anti-Atomkraft-Bewegung und damit aus der Zeit des Gründungsmythos der Grünen. In dieser

Phase gründete sich auch das Öko-Institut aus dieser Bewegung heraus und liefert auf Bestellung wissenschaftliche Studien und Analysen für die Protagonisten des grünen Energienetzwerks. Seit Jahren berät es auch immer wieder verschiedene Bundesministerien. Dieses Institut wiederum ist Arbeitgeber der Graichen-Geschwister Jakob und Verena Graichen, letztere ist mit dem parlamentarischen Staatssekretär und Mittelstandsbeauftragten Michael Kellner verheiratet. Verena Graichen ist zudem stellvertretende Bundesvorsitzende des BUND.

Auch Patrick Graichens energiepolitische Karriere reicht weit zurück.

„giewende“, sondern auch die Bereiche „Verkehrswende“ und „Industrie“.

2018 wurde Graichen dann ausgezeichnet: „Energiemanager des Jahres 2018“, vergeben vom Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft (bdw). In der damaligen Laudatio zitiert die noch immer amtierende Präsidentin des Verbandes, Dr. Marie-Luise Wolff, Patrick Graichens Bekannte Sabine Nallinger. Nallinger habe gesagt: „Auf Patrick kann man sich immer verlassen. Das schätzen nicht nur seine Geschäftspartner, sondern auch seine Freunde und Familie.“ Sätze, die im Zuge der letzten Wochen und Monate einen bitteren Beigeschmack be-

„Im Laufe der Zeit entstand der Eindruck, dass Staatssekretär Graichen seit Amtsantritt versucht habe, das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zur grünen Lobbyzentrale umzubauen.“

Bereits während des Studiums promovierte Graichen zu kommunaler Energiepolitik. Anschließend wurde er unter einem der Gründer der Anti-Atomkraft-Bewegung, dem damaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin, Mitarbeiter im Umweltministerium. Kurze Zeit später wurde Graichen persönlicher Referent des damaligen Staatssekretärs und heutigen Direktors der Stiftung Klimaneutralität Rainer Baake – einer Schlüsselfigur im grünen Netzwerk bis heute. Baake gilt als Förderer Graichens, der auch dessen späteren Aufbau der Agora Energiewende unterstützt haben soll. Ab 2014 hatte Graichen sieben Jahre lang den grünen Think-Thank mit ausgebaut. Zunächst als energiepolitische Denkfabrik gestartet, gibt es mittlerweile unter der Dachmarke Agora nicht nur die Division „Ener-

kommen haben. In der gemeinsamen Befragung des Wirtschafts- und Klimaschutz- sowie des Energie-Ausschusses des Deutschen Bundestages gab Graichen reumütig zu, dass er davon ausgegangen war, dass man Beruf und Freundschaft trennen könne. Ein Fehler. Dass er sich aber in der Findungskommission positiv für seinen Trauzeugen und Schulkameraden Schäfer ausgesprochen hatte, gab er ebenfalls zu. Ebenso, dass die Findungskommission nicht darüber informiert gewesen sei, dass Schäfer sein Trauzeuge war. Gereicht haben diese späte Einsicht und Ehrlichkeit nicht – übrigens genauso wenig wie Habecks Hoffnung auf Ruhe in seinem Haus, nachdem Graichen in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war.

Kurz nachdem Graichens Karriere im BMWK geendet hatte, erhärtete

sich der Verdacht, dass auch ein zweiter verbeamteter Staatssekretär aus dem Haus – Udo Philipp – Privates und Dienstliches offenbar nicht sauber getrennt hat. Laut Presseinformationen soll das BMWK ein Start-Up gefördert haben, an dem Philipp Anteile hält. Zwar soll dies ohne Philipp persönliches Involviertes geschehen sein, die Abteilung, für die er verantwortlich ist, war aber durchaus involviert. Es bleibt ein Geschmäckle. Zudem ist auch die Vergabe der Posten in Habecks Ministeriums-Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“ ungeklärt. Ebenfalls unglücklich: Philipp soll sich 2018 in einem Blogeintrag selbst als grüne „Heuschrecke“ bezeichnet haben. Das BMWK prüft nun auch hier den Verstoß gegen Compliance-Regeln, denn viele Fragen – etwa auch zu anderen Beteiligungen – sind weiter offen. Ausgang bei Redaktionsschluss: ungewiss.

Vonseiten der Grünen wurden die Enthüllungen in Habecks Ministerium

selbst auferlegten Brandmauern, um den Anschein der Vetternwirtschaft zu vermeiden, haben nur bedingt gehalten.

Im Laufe der Zeit entstand der Eindruck, dass Staatssekretär Graichen seit Amtsantritt versucht habe, das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zur grünen Lobbyzentrale umzubauen. Freunde, Familie und Bekannte wurden offenbar in Positionen im BMWK oder in Tochtergesellschaften installiert und kritische Stimmen im eigenen Haus aufs Abstellgleis geschoben. Der „Spiegel“-Journalist Alexander Neubacher fragte Ende April kritisch: „Ist es nur trickreich oder schon dreist, wenn ein Ministerium wie ein Clan geführt wird?“. Und sein Kollege Michael Sauga schrieb wenige Wochen später, kurz vor Graichens Rücktritt: „Problematisch ist vor allem das Sektenhafte, das die Allianz umweht. Bis ins letzte Detail glauben Graichen und die Seinen, den allein seligmachenden Weg zu

men des BMWK am Haushaltsausschuss vorbei ins Ministerium oder die politische Besetzung von Referatsleiterposten ohne Ausschreibung. Zuletzt brachte dann das Ergebnis der BMWK-internen Compliance-Prüfung Graichen zu Fall. Der Staatssekretär hatte offenbar eine Vorlage zur Förderung des Vereins BUND Berlin – also des Berliner Landesverbands des „Bund für Umwelt und Naturschutz“ (BUND), in dessen Vorstand seine Schwester Verena Graichen saß – im Wert von 600.000 Euro unterzeichnet. Das Geld war immerhin noch nicht ausgezahlt worden.

Begriff Familienunternehmen offenbar falsch verstanden

Was hängen bleibt, ist nicht nur der Eindruck, dass Graichen, wie oft spöttisch erwähnt, den Begriff Familienunternehmen offenbar falsch verstanden habe. Auch ideologische Scheuklappen und handwerkliche Fehler begleiteten die Amtszeit des Staatssekretärs. Die Misere des BMWK begann mit der sogenannten Gasumlage, an der das Duo Graichen & Habeck noch festhielt, als das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Hinzu kamen der hochumstrittene Ausstieg aus der Kernenergie zum 15. April dieses Jahres, die Diskussion um schwimmende Ölkraftwerke als kurzfristigen Energieersatz – ein Mittel der Stromproduktion, was normalerweise in Entwicklungsländern eingesetzt wird – und zuletzt auch das Gebäudeenergiegesetz, welches sowohl kommunikativ als auch handwerklich als Desaster gilt. Zuletzt scheiterte kurz vor dem Rücktritt Graichens der Versuch, das Blatt durch die Vorlage eines Industriestrompreises abzuwenden. Nicht einmal zwei Stunden nach Vorstellung kassierten zunächst Finanzminister Christian Lindner, kurze Zeit später dann auch der Kanzler den Vorschlag ein. Ein einmaliger Vorgang.

Und jetzt? Viele Fragen bleiben weiter offen. Zwar ist mit Graichen einer der Drahtzieher des grünen Netzwerks aus dem BMWK abgesetzt, aber viele

„Ist es nur trickreich oder schon dreist, wenn ein Ministerium wie ein Clan geführt wird?“

Alexander Neubacher

als eine rechte, von pro-russischen Bots unterstützte Medien-Kampagne abgetan. Fehler wurden geschönt und klein geredet. Dabei ist auffällig: Erstmals aufmerksam auf diese durchaus bemerkenswerte Konstellation rund um die beiden Staatssekretäre machte ausgerechnet die „taz“ bereits im Dezember 2021, als sie titelte „Energie-wende als Familienprojekt“. Doch für den Moment schien Ende 2021 alles sauber und transparent. Opposition und Presse blieben ruhig, man gab dem Ganzen eine Chance. Doch spätestens seit der sogenannten „Trauzug-Affäre“ hat sich das Blatt gewendet. Denn mittlerweile ist klar: Die

kennen, der Deutschland zur Klimaneutralität führt. Selbst einfache Beamte, so heißt es im Ministerium, müssen das Bekenntnis inzwischen fehlerfrei nachbeten können, wenn sie in den Energiereferaten der Behörde etwas werden wollen.“ Fernsehensendungen wie „Berlin direkt“ oder „Bericht aus Berlin“ sowie alle großen Tageszeitungen in Deutschland schlossen sich den Recherchen an. Es vergingen Wochen, in denen das Netzwerk größer und die Auffälligkeiten und Verstöße immer sichtbarer wurden.

Hinzu kamen beispielweise Affären wie die angedachte Verschiebung von Mitarbeitern von Tochterunterneh-

weitere Akteure bleiben. Fachverbände, die nicht dem Öko-Lager angehören, dürften es weiterhin schwer haben, Zugang zum Ministerium zu erhalten. Zudem stellen sich weitere Fragen, etwa die nach der Finanzierung dieses Netzwerks. Hier geht es beispielsweise um die Rolle des Amerikaners Hal Harvey, der mit Millionen aus den USA nicht nur die Stiftung Klimaneutralität, einen der wichtigen Geldgeber des Öko-Instituts und von Agora, sondern auch die European Climate Foundation und sogar die umstrittene Deutsche Umwelthilfe unterstützen soll. Hinzu kommt: Das Netzwerk an Stiftungen und grünen Lobby-Organisationen ist auch insgesamt weiterhin extrem undurchsichtig.

Gleiches gilt für die Vorgänge im Bundesministerium für Wirtschaft und

Klimaschutz: MIT-Chefin Gitta Connemann machte hierzu nach dem Graichen-Rücktritt deutlich: „Das kann aber nur der Anfang sein. Es geht um mehr als den Fehler eines Staatssekretärs, sondern um ein System.“ Sie unterstrich: „Inzwischen steht fest: Das BMWK ist mit einem Netzwerk überzogen. Und es scheint dort mehr als eine Spinne oder Drahtzieher zu geben. Graichen und Co. haben an den strategischen Stellen ihre Leute platziert.“ Und weiter: „Die Rolle von Robert Habeck ist nach wie vor ungeklärt. Was wusste der Minister? Oder wo hat er wieso weggesehen?“

Die Möglichkeiten reichen von schlimmstenfalls Beteiligung bis bestenfalls Überforderung.“ Connemann machte zudem deutlich, dass Klarheit auch für das politische Überleben Ha-

becks von Bedeutung sei. Verweigere er die volle Transparenz, sei er „dauerhaft ebenso wenig zu halten wie sein Staatssekretär“.

Fazit

Viele Fragen sind noch immer offen, viele Verbindungen nicht geklärt. Ob mittlerweile alles aufgeklärt ist? Das ist zumindest fraglich. Man wird abwarten müssen, was noch aufgedeckt wird. Aber Connemann ist sich sicher: „Die Wahrheit kommt irgendwann ans Licht – spätestens in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss.“



Lars Jüngling-Dahlhoff
Redakteur
juengling-dahlhoff@mit-bund.de

Anzeige

Wir laden Deutschland

Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland





Deutschland in der Deindustrialisierung

Die Umfragen sind alarmierend: Schon heute würden 56 Prozent der jungen Unternehmer ihre Firma lieber in einem anderen Land aufbauen. Was die Politik jetzt tun muss.

Industrie – das kommt vom lateinischen *industrius*, was so viel wie regsam, beharrlich, geschäftig oder fleißig bedeutet. Deutschland ist ein Industrieland. Deutschlands Wohlstand ist auf industriellem Fleiß gewachsen, unsere Volkswirtschaft basiert auf einem starken industriellen Kern. 100.000 große, mittlere und kleinere Unternehmen aus allen industriellen Sektoren beschäftigen in Deutschland rund acht Millionen Arbeitnehmer.

Noch. Denn die Politik macht zunehmend den Eindruck, man wolle zur Deindustrialisierung beitragen, anstatt die Ansiedlung und Stärkung der Unternehmen fördern zu wollen. Verbrennermotoren und Gasheizungen wurde der Kampf angesagt. Sichere Kernkraftwerke werden trotz hoher Energiepreise und Ukraine-Krieg abgeschaltet. Durch die EU-Taxonomie, Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und viele andere Regulierungen werden Unterneh-



men mit Bürokratie überzogen. Hinzu kommt: Deutschland gehört zu den wenigen Ländern mit steigenden Unternehmenssteuersätzen.

Angesichts der wirtschafts- und insbesondere mittelstandsfeindlichen Politik ist der Standort Deutschland zunehmend gefährdet. Ein Massenexodus von Unternehmen und Investoren ist zwar noch nicht zu beobachten. Doch die wirtschaftlichen Fakten sind beängstigend, insbesondere für den Mittelstand. Schon heute würden 56 Prozent der jungen Unternehmer ihre Firma lieber in einem anderen Land aufbauen. Ganze 96 Prozent des Unternehmensnachwuchses sieht bereits eine Deindustrialisierung in Deutschland. Ihr drängendstes Problem in Deutschland ist die Bürokratie, gefolgt vom immer erdrückenderen Arbeitskräftemangel.

Sarna Röser, Bundesvorsitzende des Verbandes „Die Jungen Unternehmer“, sagte uns dazu: „Die toxischen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland sind für viele Unternehmer nicht mehr zu verkraften: exorbitante Energiepreise, zu hohe Steuern, dramatische Unterversorgung mit Fachkräften. Dazu jede Aktivität erstickende Bürokratielasten. Kein Wunder, dass viele Unternehmer aufgeben und potenzielle Nachfolger gar nicht erst einsteigen. In Sachen Deindustrialisierung rast Deutschland wie ein ICE auf eine nicht mehr tragfähige Brücke zu: Die genaue Ankunftszeit kann nicht vorhergesagt werden, aber die Lokführer scheinen immer noch dem Autopiloten zu vertrauen.“ Die Verbindungen der Unternehmen zum Heimatstandort werden immer lockerer, für Firmen werden Investitionen im Ausland attraktiver, 44 Prozent der Betriebe wollen stattdessen stärker in Nordamerika investieren.

Fakt ist, dass Deutschland im Standortwettbewerb zurückfällt. Der Länderindex des ZEW in Mannheim und der Stiftung Familienunternehmen wird als Vergleich von 21 Industriestaaten erstellt. Der Index setzt sich aus sechs Unterindizes zusammen, bewertet werden die Bereiche Steuern, Arbeit, Regulierung, Finanzierung, Infrastruktur und Investitionen sowie Energie. Seit 2006 wurde der Standortvergleich neun Mal erstellt. In dieser Zeit ist Deutschland um ganze sechs Rangplätze abgerutscht. In der aktuellen Rangliste befindet sich Deutschland jetzt abgeschlagen auf Platz 18 – ganze vier Plätze schlechter als beim vorhergehenden Länderindex aus dem Jahr 2020. Und: Es gibt für Deutschland keinerlei Anzeichen für eine Aufwärtsbewegung. Nur Ungarn, Spanien und Italien schneiden noch schlechter ab.

Außerdem nehmen Insolvenzen und Liquidationen im Mittelstand zu. Im gesamten Jahr 2022 hatten die Insolvenzen um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Seit Mitte 2022 nehmen die Insolvenzen in Deutschland stetig zu, im Februar 2023 lagen sie um 20,3 Prozent über dem Vorjahresniveau. Im mittelständisch geprägten Handel werden 2023 rund 9.000 Geschäfte schließen. Im

Vergleich zum Vorjahr waren zuletzt die mittelständischen geprägten Branchen Bau (+19,4 Prozent) und Handel (+27,5 Prozent) geradezu von einer Insolvenzwelle betroffen. Zu den Insolvenzen kommen die gewerblichen Liquidationen von Unternehmen. Hier war 2022 gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg auf rund 233.000 zu verzeichnen, ein erdrückendes Plus von 7,6 Prozent. Im ersten Quartal 2023 haben ganze 16,8 Prozent mehr Unternehmen den Betrieb eingestellt als im ersten Quartal 2022. Laut KfW werden bis Ende des Jahres 2026 allein deshalb rund 190.000 Mittelständler aus dem Markt austreten, weil kein Nachfolger für das Unternehmen zu finden ist.

Alarmierend ist auch das Zurückfallen unserer Wirtschaft in Sachen Forschung und Innovationsfähigkeit. Eine international wettbewerbsfähige Industrie ist angewiesen darauf, dass unsere Wissenschaft in der Oberliga mitspielt. Doch in Deutschland gibt es immer weniger Patentanmeldungen: Europaweit hat das Europäische Patentamt für 2022 zwar eine Rekordzahl an Patentanmeldungen verzeichnet – das Aufkommen aus Deutschland ist allerdings im Sinkflug. Die Anmeldungen aus Deutschland sanken um 4,7 Prozent auf 24.684 – das ist der niedrigste Stand seit mehr als einem Jahrzehnt. Besonders bedenklich ist, dass der Rückgang vor allem auf die sinkenden Patentanmeldungen in zukunftssträchtigen Sektoren wie Transporttechnologien (einschließlich Automobilindustrie) oder elektrische Technologien zurückgeht. Andere europäische Staaten können derweil mit beträchtlichen Zuwächsen aufwarten. Hinzu kommt,

Sarna Röser



dass Deutschland im Wettbewerb um junge Talente, hochqualifizierte Fachkräfte und potenzielle Unternehmensgründer zurückfällt. Laut Bertelsmann-Stiftung hat Deutschland bei dieser Personengruppe in den vergangenen drei Jahren international an Beliebtheit eingebüßt und ist vom 12. Platz (2019) auf den 15. Platz zurückgefallen. Zwar haben sich die Bedingungen in Deutschland gegenüber 2019 nicht verschlechtert – aber andere Länder haben stark aufgeholt.

Kein Wunder, dass der Standort Deutschland aus Sicht der Unternehmen unattraktiver wird. Eine aktuelle Umfrage von BDI und der Unternehmensberatung Deloitte zeigt, dass das Ansehen des Industriestandortes Deutschland sinkt. Mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Unternehmen sieht die Attraktivität Deutschlands in Gefahr. 58 Prozent erwarten längerfristig einen negativen Trend für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes im internationalen Vergleich. Sowohl die aktuelle als auch die künftige Standortattraktivität wird negativ bewertet. Selbst für industrielle Schlüsselbranchen wird der Standort Deutschland zunehmend unattraktiv. Laut einer aktuellen Umfrage des Verbands der deutschen Automobilindustrie (VDA) halten neun von zehn Unternehmen der Autobranche (88 Prozent) den Standort Deutschland in Bezug auf Energiekosten, Arbeitskräfte und Steuerbelastung internatio-



Dorin Müthel-Brenncke

nal für nicht mehr wettbewerbsfähig. Fast ein Drittel der Unternehmen (28 Prozent) plant eine Investitionsverlagerung ins Ausland (September 2022: 22 Prozent). 14 Prozent planen sogar eine Streichung der Investitionen (September 2022: 9 Prozent). Lediglich 2 Prozent der Kfz-Unternehmen geben in der aktuellen Umfrage an, ihre Investitionen in Deutschland auch angesichts der aktuellen Lage erhöhen zu wollen. Rund 82 Prozent der befragten Unternehmen der Automobilbranche geben an, stark oder sogar sehr stark durch die hohen Strompreise belastet zu sein.

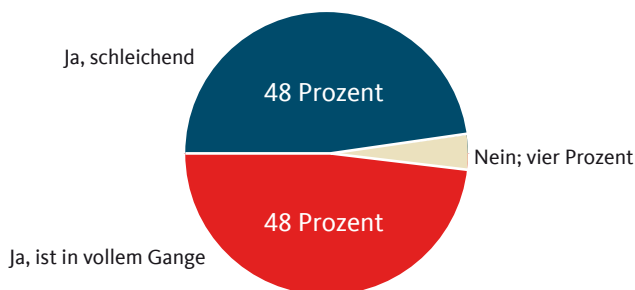
Angesichts dieser Entwicklungen wundert es nicht, dass sich in der breiten Bevölkerung Wohlstandsverluste bemerkbar machen. So sind die Reallohne im vergangenen Jahr bereits zum dritten Mal in Folge gesunken. Der Rückgang betrug 4,1 Prozent – mehr als jemals zuvor seit Beginn dieser Zeitreihe.

Angesichts der alarmierenden Signale für den Industriestandort Deutschland ist die Bundesregierung

dringend gefordert, Maßnahmen zu ergreifen. Dieser Meinung ist auch die Mittelständlerin Dorin Müthel-Brenncke: „Für den industriellen Mittelstand wird es immer schwieriger in Deutschland. Energiekosten, Bürokratie, Steuern, der Mangel an Arbeitskräften – die Herausforderungen sind gewaltig.“ Der Standort Deutschland muss attraktiv für Unternehmen bleiben, insbesondere für den industriellen Mittelstand, einer Säule unserer Volkswirtschaft. Müthel-Brenncke, die Geschäftsführerin der Schweriner MIX Dachdecker und Zimmerer GmbH ist, ergänzt: „Wenn die Politik so weitermacht, werden wir erleben, wie mehr und mehr Unternehmen sich vom Standort Deutschland abwenden. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel in der Politik. Schnell, bevor es für viele Unternehmen zu spät ist.“

Der Arbeitskräftemangel muss entschlossen angegangen werden. Frühkindliche und schulische Bildung muss gestärkt, berufliche Bildung gefördert werden. Wir brauchen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt statt in die Sozialsysteme. Die Preisexplosion im Energiemarkt muss überwunden werden durch die Ausweitung des Energieangebots. Die Bundesregierung muss Bürokratie abbauen und das Belastungsmoratorium für bürokratische Lasten ernst nehmen. Darüber hinaus müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigt und die Unternehmensfinanzierung gesichert, Handelsabkommen abgeschlossen werden. Schließlich muss Deutschland wieder eine Führungsposition im Bereich Forschung und Entwicklung einnehmen, die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sind zu erhöhen. Die Politik ist aufgefordert, Fleiß an den Tag zu legen, um unseren Wohlstand zu sichern. Damit Deutschland ein lebenswerter Standort bleibt, auch für die Fleißigen, auch für die Industrie. ●

Findet eine Deindustrialisierung in Deutschland statt?



Quelle: Die jungen Unternehmer und die Familienunternehmer



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de

„**Personalarbeit
ist wie ein Puzzle.
Toll, wenn alles
zusammenpasst.**“

Cheri, Personalleiterin

Sage HR Cloud Software ermöglicht einen optimalen Workflow, um ein stimmiges HR Puzzle zusammenzusetzen.

Besuchen Sie [Sage.com](https://www.sage.com)



Sage

helping business flow



NACH DEM KERNENERGIE-AUS

Deutschland auf dem energiepolitischen Irrweg

Experten warnen vor dem nächsten Winter – nicht nur wegen der Energiepreise

Samstag, der 15. April 2023. Dieses Datum wird in die Geschichte der deutschen Energiepolitik eingehen. Denn an diesem Tag schaltete Deutschland die drei letzten Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland ab. Das Ergebnis ließ sich prompt am 16. April ablesen: Deckten Importe am 15. April noch 6 Prozent der Stromversorgung ab, waren es einen Tag nach dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke schon 14 Prozent. Dieser Strom kam vor allem aus Frankreich, Polen, Skandinavien – alles Länder und Regionen, die auf Kernenergie setzen oder mit Vollgas einsteigen. Und bei uns? Da werden die klimaschädlichen Kohlekraftwerke wieder ans Netz genommen. Kein Wunder, dass das „Wall Street Journal“ am 9. März schrieb, „Kohle lässt Deutschlands Lichter an“.

Die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland erfolgte taktisch klug zu Beginn des Frühlings. Aktuell scheint wieder mehr die Sonne und es

ist nicht mehr so kalt. Bedeutet: Solarenergie läuft überdurchschnittlich, der Gasverbrauch für Heizung & Co. und auch der Strombedarf von elektrisch betriebenen Wärmepumpen ist niedriger als im Herbst oder Winter. Viele Experten warnen deshalb bereits heute vor dem nächsten Winter und sehen ähnliche Herausforderungen wie letztes Jahr. Eine Situation, die man durch eine weitere Verlängerung der AKW-Laufzeiten zumindest hätte entschärfen können.

Bereits seit dem Beginn des Atomausstiegs in Deutschland im Jahr 2011 hat sich die Abhängigkeit des Landes von Energieimporten erhöht. Zu diesem Zeitpunkt wurde beschlossen, alle Kernkraftwerke in Deutschland bis spätestens 2022 stillzulegen. Dadurch ist ein erheblicher Anteil der inländischen Energieproduktion weggefallen. Um den Energiebedarf dennoch zu decken, musste vermehrt auf den Import von Energie zurückgegriffen werden.

Insbesondere die Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland war gestiegen. Laut Bundesregierung stammten vor Beginn der Krise bis zu 50 Prozent des importierten Gases in Deutschland aus Russland. Durch den Konflikt mit Russland in der Ukraine-Krise kam es zwischenzeitlich zu Versorgungsengpässen und zu der Energiepreisespllosion, die bis heute den Standort Deutschland schwer belastet. Dies unterstreicht die Bedeutung einer diversifizierten Energieversorgung und die Notwendigkeit, die Abhängigkeit von einzelnen Energiequellen und Lieferanten zu verringern.

Gleichzeitig hat sich der Export von Erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie deutlich erhöht. Deutschland hat in den letzten Jahren mehr Strom exportiert als importiert. Im Jahr 2022 betrug der Nettoexport von Strom etwa 27,5 Terawattstunden. Dies liegt insbesondere daran, dass in den letzten Jahren der Ausbau erneuerbarer Energien stark vorangetrieben



Achim Dercks

wurde. Im Jahr 2022 betrug der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung in Deutschland etwa 45 Prozent. Übrigens: In 16 Jahren unionsgeführter Regierung ist der Anteil von Erneuerbaren damit von 10,3 Prozent im Jahr 2005 bis auf 45,3 Prozent im Jahr 2020 gestiegen. Ein Anstieg um 35 Prozentpunkte.

Gleichzeitig hat sich der CO₂-Fußabdruck des deutschen Stroms im Jahr 2022 durch den Atomausstieg weiter erhöht. Das bescheinigte auch das Umweltbundesamt und schrieb Mitte April: „Die deutlichsten Wiederanstiege gab es in der Energiewirtschaft. Besonders deutlich stiegen die Emissionen aus den öffentlichen Stein- und Braunkohlenkraftwerken aufgrund des erhöhten Kohleeinsatzes an.“ Ein klimapolitischer Irrweg. Die Ampel hat insgesamt 14 Steinkohle-Kraftwerke und ein Mineralöl-Kraftwerk wieder hochgefahren, um die Energiekrise abzuwenden. Allerdings betrug der CO₂-Fußabdruck bereits im Jahr 2021 in Deutschland mit 402 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde und lag damit über dem EU-Durchschnitt von 275 Gramm pro kWh. Der Abstand zu Ländern wie Frankreich, die auf Atomstrom setzten und damit auf nur 67 Gramm pro kWh kommen, oder skandinavischen Ländern wie Finnland mit 77g/kWh oder Schweden mit 9g/kWh, ist durch den deutschen Sonderweg damit noch einmal größer geworden. Die MIT verdeutlichte die massiven Einsparpotentiale der Kernenergie immer wieder auch in öffentlichkeitswirksamen Kampagnen. Eine Verlängerung der sechs noch betriebsbereiten Kernkraftwerke hätte 70 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen können. Und selbst die Verlängerung der drei sich noch im April am Netz befindlichen

KKW, die in etwa so viel Strom wie das größte Kohlekraftwerk in Deutschland, das Kohlekraftwerk Neurath, produzieren, hätte einen Unterschied gemacht. Denn allein dieses Kohlekraftwerk stößt rund 30 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr und damit fast 15 Prozent der Emissionen im Energiesektor aus.

Diese Entwicklung zeigt, dass der Atomausstieg in Deutschland zwar zu einer Veränderung im Energiehandel geführt hat und auch zu einem verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien. Bei Dunkelflaute gibt es allerdings weiterhin Schwierigkeiten und die Abhängigkeit von Importen von Atomstrom aus Frankreich oder Kohlestrom aus Polen wächst. Zusätzlich sind die Strompreise in Deutschland durch die Decke gegangen und nicht mehr wettbewerbsfähig. Zudem bleibt die Frage, ob die gestiegene Abhängigkeit von Gasimporten und die Verringerung der Stromproduktion durch den Atomausstieg eine langfristig stabile und sichere Energieversorgung gewährleisten können. Eine Diversifizierung der Energiequellen und Lieferanten sowie der Ausbau der Erneuerbaren Energien und Speichertechnologien in Kombination mit technologieoffener Forschung an Energien der Zukunft könnten hierzu beitragen. Damit Deutschland nicht – wie die

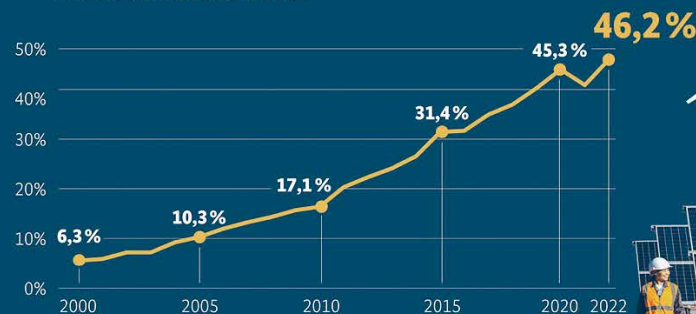
MIT-Chefin Gitta Connemann bei Phoenix sagte – „die dümmste Energiepolitik der Welt“ betreibe.

Der Atomausstieg in Deutschland hat in den vergangenen Jahren für viel Diskussion und Kritik gesorgt. Während Umweltschützer den Ausstieg aus der Kernenergie als notwendigen Schritt in Richtung einer nachhaltigeren Energieversorgung sahen, warnten Wirtschaftsverbände und Energieökonom vor den wirtschaftlichen Folgen. In den letzten Monaten hatte sich die Debatte aufgrund der zugespitzten Energiekrise weiter intensiviert.

Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), ordnet für uns die Debatte wie folgt ein: „Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sehen wir ein extrem gestiegenes Energiepreinsniveau, welches die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Deutschland bedroht. Denn auch nach Ende des Winters sind die Preise deutlich höher als bei unseren Wettbewerbern. Damit die Energiepreise sinken, ist der Markt auf jede Megawattstunde Erzeugungskapazität angewiesen. Die Kernenergie könnte hier einen Beitrag leisten, bis sich die Preise stabilisieren und die Krise endgültig eingedämmt ist.“

Ausbau der Erneuerbaren gewinnt an Tempo – aber ist er wirklich schnell genug?

Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2022



Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat); Stand: März 2023.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch wurde unter den unionsgeführten Bundesregierungen massiv ausgebaut.

Mit dieser Position ist Dercks nicht allein. Eine Vielzahl von Wirtschaftsexperten hatte immer wieder auf den wichtigen Beitrag der Kernenergie zur Energieversorgung und zur Stabilisierung der Energiepreise hingewiesen. Auch die MIT hatte sich für die Verlängerung der Laufzeiten der Kernenergie sowie eine weitere Förderung der Forschung an Reaktoren der neuen Generation eingesetzt. Doch Teile der Bundesregierung wollen jetzt die bestehenden Kernkraftwerke möglichst schnell rückbauen und so die letzten Meiler endgültig unbrauchbar machen. Achim Dercks hält dagegen und fordert die Wiederaufnahme des Betriebs der Kernkraftwerke: „Hierfür sind die

hin, dass der Neubau von Meilern – anders als die verlängerte Nutzung bestehender Kapazitäten – umstrittener sei. Heißt also: So lange, wie es noch nicht genug Erneuerbare Energien gibt, hätten die noch betriebsbereiten Kernkraftwerke weiterlaufen sollen. Dercks fasst zusammen: „Für eine solche Lösung gibt es in der Wirtschaft eine breite Unterstützung, während die mittel- bis langfristige Nutzung der Kernenergie in der deutschen Wirtschaft ähnlich wie in der Bevölkerung umstritten ist. Wir dürfen auf absehbare Zeit Kraftwerkskapazitäten nur abschalten, sofern andere wetterunabhängige Leistungen ausreichend zur Verfügung stehen.“

Auch die großen Industrieverbände hatten sich kritisch geäußert. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) warnte vor einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, da deutsche Unternehmen aufgrund steigender Strompreise im internationalen Vergleich benachteiligt würden. Zudem würden durch den Atomausstieg Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft gefährdet. Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) kritisierte den Atomausstieg und betonte die

Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für die deutsche Wirtschaft. Die Umstellung auf Erneuerbare Energien müsse schrittweise und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Folgen erfolgen.

Eine Expertin, die die Debatte immer wieder wissenschaftlich eingeordnet hat, ist die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm: Sie ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Ent-

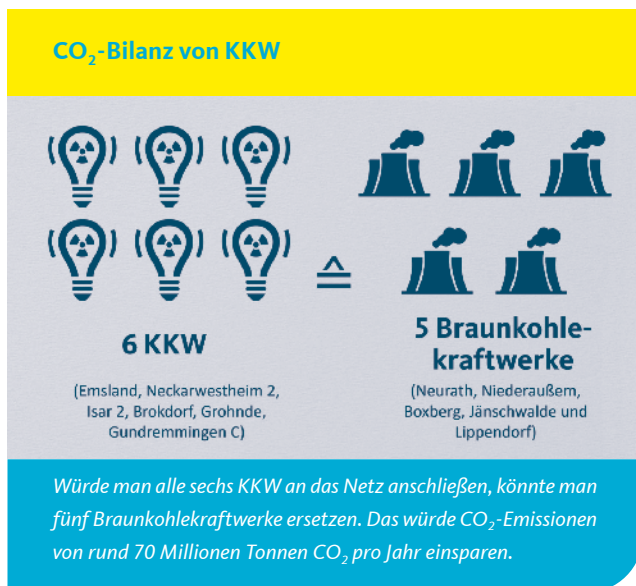


Henning Aretz

wicklung – und sie hat in einer Studie die wirtschaftlichen Folgen des Atomausstiegs untersucht. Grimm sieht auf Grundlage der sich veränderten gesamtwirtschaftlichen und energiepolitischen Lage den Ausstieg ebenfalls kritisch. Hier im Mittelstandsmagazin (Ausgabe 04/2022) machte Grimm Zweifel an der Energiepolitik der Ampel deutlich. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Atomausstieg kurzfristig zu einer Erhöhung der Strompreise führen wird. Grimm betont jedoch auch, dass der Ausstieg negative Auswirkungen auf die Energiesicherheit in Deutschland haben könnte. Sie empfiehlt daher, die Energieversorgung in Zukunft diversifiziert zu gestalten. Für sie gehört dazu auch die Kernenergie.

MIT-Präsidiumsmitglied und Energieexperte Henning Aretz weist in der Diskussion um den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke noch auf einen weiteren wichtigen Aspekt hin: „Die anhaltend hohen deutschen Strompreise sind nicht nur für die Energiewende, sondern auch für Mittelstand und Handwerk, für Industriearbeitsplätze, Wertschöpfungsketten und Wohlstand von herausragender Bedeutung. Nicht nur sollen fossile durch CO₂-freie Energieträger ersetzt, sondern zusätzlich weite Lebensbereiche elektrifiziert werden: vom Heizen über die Mobilität bis hin zu industriellen Produktionen. Allein die Dekarbonisierung der deutschen chemischen Industrie erfordert eine Verdopplung des deutschen Stromverbrauchs. Aber sie stockt wegen der hohen Strompreise und Strompreiserwartungen erheblich. Industrielle Investitionsentscheidungen fallen aktuell zunehmend gegen den Standort Deutschland. Wohlstand wandert ab.“

Auch er betont die Notwendigkeit eines stabilen Strompreises, der es



rechtlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um die 2021 vom Netz gegangenen Kernkraftwerke wieder fit zu machen und die jüngst runtergefahrenen Anlagen für die Zeit der Krise weiterbetreiben zu können. Damit würde das Energieangebot kurzfristig auf eine Größenordnung ausgeweitet, die in etwa den ambitionierten Ausbauzielen von sechs Windkraftanlagen pro Tag in den kommenden zwei Jahren entspricht.“

Gleichzeitig weist der Energieexperte und Volkswirt aber auch darauf

der gesamten deutschen Wirtschaft ermöglichen würde, langfristig zu planen. Für ihn zentral: eine Ausweitung des Energieangebotes: „Zur Preisdämpfung ist dringend eine Ausweitung der Stromerzeugung geboten, weit über das ehrgeizige Wachstum der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien hinaus. Die CO₂-freie Kernkraft wird daher in zahlreichen EU-Ländern aus Kosten- und aus Klimaschutzgründen vorangetrieben. Die Entwicklung der Kernenergie ist nicht stehen geblieben. Die energetische Verwertung abgebrannter Brennstäbe bietet unter Entsorgungsgesichtspunkten doppelten Nutzen.“ Allein in Europa wird aktuell noch in 12 von 27 EU Staaten Kernenergie zur Stromproduktion genutzt. Und: Polen nutzt bis-

her keine Kernenergie, steigt aber ein, um damit den Ausstieg aus der Kohle zu bewältigen. Finnland setzt mit Unterstützung der dortigen Grünen auf einen Mix aus Erneuerbaren und Kernenergie. Schweden geht denselben Weg.

Zuletzt warnt Aretz vor den abstrakteren Kosten des Kernkraft-Ausstiegs: „Wer ohne belastbare Alternative die neuen technischen Optionen der Kernkraft ausschlägt und Strompreise damit zum dauerhaften Investitionshemmnis am Standort Deutschland macht, sorgt dafür, dass wir alle – Verbraucher, Staat und Sozialsysteme – teuer dafür bezahlen.“

Die Auswirkungen des Kernenergieausstiegs auf den Energiepreis auf lange Sicht sind umstritten. Einerseits könnte der Atomausstieg kurzfristig

zu höheren Strompreisen führen, da der Strombedarf durch den Ausstieg aus der Kernenergie zunächst durch teurere Gas- und Kohlekraftwerke gedeckt werden muss. Andererseits könnten die Preise mittel- bis langfristig wieder sinken, da die Kosten für Erneuerbare Energien fallen und weniger Investitionen in teure Sicherheitsmaßnahmen notwendig sind. Kurzfristig ist allerdings klar, dass so lange wie die Erneuerbaren Energien noch nicht ausreichend ausgebaut sind, die Abhängigkeit Deutschlands und die Volatilität des deutschen Strommarktes durch den Ausstieg erhöht wurde. ●



Lars Jüngling-Dahlhoff
Redakteur
juengling-dahlhoff@mit-bund.de

Anzeige


gründen MIT DER IBB

Für Ideen, die rund laufen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung für Ihre Geschäftsidee? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihrer Unternehmensgründung zum nachhaltigen Erfolg zu verhelfen. Sprechen Sie mit uns!
Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/gruenden



A close-up portrait of Thorsten Frei, a middle-aged man with short, grey hair, wearing a dark blue suit, a light blue checkered shirt, and a dark tie. He is looking slightly to the right of the camera with a serious expression, and his right hand is raised in a gesture, palm facing forward. The background is blurred, showing indistinct shapes and colors.

Wie managt man erfolgreich die größte Oppositionsfraktion? Thorsten Frei berichtet im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Fabian Wendenburg über die Erfolge der CDU/CSU, die Übergriffigkeit der Ampel – und er schlägt drei Kernthemen für den nächsten Wahlkampf vor.

„Wir brauchen eine neue Angebotspolitik“



Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Fabian Wendenburg traf Thorsten Frei im Bundestag



Fabian Wendenburg: Herr Frei, als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion sind Sie der „Fraktionsmanager“. Wie ist Ihr Selbstverständnis in dieser Rolle in der größten Oppositionsfraktion?

Thorsten Frei: Eine Opposition muss von der Regierung unterscheidbar sein. Unsere Aufgabe ist es deshalb, eine klare politische Alternative zur bestehenden Regierungsmehrheit zu unterbreiten. Wir dürfen uns nicht im „Nein“ und „Dagegen“ erschöpfen, sondern wir müssen konkurrierende Entwürfe anbieten und diese dann in einer klaren, eindeutigen und verständlichen Sprache vortragen. Dazu möchte ich einen Beitrag leisten.

Gibt es aus Ihrer Sicht Erfolge in der Opposition, so dass Sie sagen können: Opposition wirkt?

Da kann ich deutlich „Ja“ sagen. Wir haben wichtige Erfolge erzielt. Das fängt an mit der Verhinderung der Impfpflicht und geht weiter über die Beendigung der Gasumlage. Wir haben das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr mitgestaltet und die Koalition Ende April 2022 zu Waffenlieferungen an die Ukraine regelrecht gezwungen. Man muss sich daran erinnern, wie zurückhaltend der Bundeskanzler damals war. Ein weiteres Beispiel ist das Bürgergeld, das wir in einem großen Vermittlungsverfahren deutlich korrigieren konnten. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass die FDP einem Gesetz der SPD und Grünen zur Mehr-

heit verhilft, das den Geist des bedingungslosen Grundeinkommens atmet. Liberalismus in Deutschland, das war einmal Leistungsgerechtigkeit; das war einmal Subsidiarität; das war einmal der Gedanke: Die Gesellschaft hilft denen, die sich selbst nicht helfen können, aber nicht denen, die sich selbst gar nicht helfen wollen.

Doch zurück zur Opposition. Wichtig ist: Wir beschäftigen uns nicht nur mit Vorschlägen aus der Regierung, sondern arbeiten konzeptionell nach vorne. So haben wir eine umfassende China-Strategie und einen Vorschlag für eine grundlegende Bahnreform vorgelegt, bei der wir auch eigene, frühere Entscheidungen zur Disposition stellen. Und zu guter Letzt gibt es nun auch ein seriöses Konzept zur Migrationspolitik.

„Wir beschäftigen uns nicht nur mit Vorschlägen aus der Regierung, sondern arbeiten konzeptionell nach vorne.“

Sie sprechen einige wichtige Punkte an, an denen ja auch die MIT gewirkt hat, etwa die Ausgestaltung des Bürgergeldes. Die Bundestagspräsidentin Bas hat kürzlich die Bundesregierung angemahnt, mehr Zeit für die parlamentarische Beratung zu lassen. Wie erleben Sie diese kurzen Fristen, über die sich ja auch die Verbände beschweren?

Gerade die Rückkopplung aus den Verbänden nehme ich sehr ernst, weil das die Sachverständigen sind, die wir brauchen. Und wenn wir heute jemanden innerhalb eines Tages zu einer Stellungnahme auffordern, ohne, dass Zeit für eine inhaltliche Prüfung ist, dann geht das auf Kosten der Qualität der Gesetzgebung.



Der Jurist Thorsten Frei (49) arbeitete 2002 bis 2004 als Regierungsrat im Staatsministerium Baden-Württemberg. 2004 bis 2013 war er Oberbürgermeister der Stadt Donaueschingen. Seit Oktober 2013 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. 2018 bis 2021 war Frei Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Innen- und Rechtspolitik. Seit 2021 ist er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Brief von Bärbel Bas im März war in seiner Klarheit gegenüber der Bundesregierung bemerkenswert. Aber das hat natürlich eine Vorgeschichte: Wir bemängeln diese Praxis in quasi jeder Sitzung des Ältestenrates des Bundestages. Und wir haben auch darauf hingewiesen, dass es nicht geht, dass die Koalition ewig lang streitet, und man dann glaubt, mit Koalitionsgesprächen parlamentarische Verfahren zu ersetzen. Das ist eine Respektlosigkeit gegenüber dem Parlament und auch eine Überhöhung der eigenen Position.

Ist dies auch eine Folge des Anspruchs, möglichst viele Aspekte unseres Lebens über Gesetze zu regeln? Übernimmt sich das Parlament damit?

Nicht das Parlament, aber die Koalition. Ihr Punkt ist genau richtig. Wenn man wie diese Bundesregierung nicht auf marktwirtschaftliche Anreize setzt, sondern auf Verbote, dann führt dies zu immer mehr Bürokratie.

Was sind denn für Sie die drei Kernthemen, mit denen die CDU in einen Wahlkampf ziehen sollte?



Und der dritte Punkt: Wir brauchen flächendeckend eine neue Angebotspolitik. Im Bereich der Energiepolitik, der Steuerpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Deregulierung und des Bürokratieabbaus. Denn Überregulierung und Bürokratie lähmt uns alle, zuvorderst den Mittelstand, aber letztlich auch den Staat.

Und wenn ich vielleicht noch einen weiteren Punkt hinzufügen darf: Ich glaube, dass wir auch auf die ganz großen Themen überzeugend antworten müssen. Die großen, Jahrzehnte überdauernden Themen sind zum einen der Klimawandel, wo wir zeigen müssen, dass wir mit den Instrumenten der Marktwirtschaft beste Lösungen erreichen können. Und der zweite Komplex ist der demografische Wandel mit all seinen Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme.

„Ausgehend vom christlichen Menschenbild sehen wir das Individuum, und nicht ein wie auch immer geartetes Kollektiv.“

Wir werden uns auf die grundlegenden Werte der Christdemokratie beziehen. Ausgehend vom christlichen Menschenbild sehen wir das Individuum, und nicht ein wie auch immer geartetes Kollektiv. Das heißt: Wir setzen auf die Selbstverantwortung des Einzelnen, auf die Freiheit in Verantwortung, auf Werte wie Leistungsbereitschaft. Selbstverständlich setzen wir auf die Soziale Marktwirtschaft, ohne dass wir die Illusion haben, dass jeder Mensch gleich oder gleich leistungsstark ist. Vielmehr ist es unsere Pflicht, die Schwächeren mitzunehmen.

Der zweite Punkt ist für mich die Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates. Das hat etwas mit Schwerpunktsetzung zu tun.

Lassen Sie mich diesen Ball aufgreifen: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Klimaurteil den Begriff der „intertemporalen Freiheitssicherung“ ins Feld geführt, sprich: Wir haben die Verantwortung, jetzt Dinge zu tun oder zu unterlassen, die die Freiheit unserer Kinder und Enkel nicht über Gebühr einschränkt. Wie übersetzen Sie diesen Auftrag konkret in Klimapolitik?

Ich halte diese neue Denkfigur des Bundesverfassungsgerichts, die Freiheitsrechte des Grundgesetzes auch vertikal zwischen den Generationen zu sehen, für eine sehr positive Fortentwicklung, weil es jenseits der Klimapolitik ganz generell den Nachhaltigkeitsgedanken stärkt. Das gilt insbesondere auch für die sozialen Sicherungssysteme und für die Solidität der Staatsfinanzen. Das bedeutet, dass unser heutiges Handeln auch vor dem Urteil zukünftiger Generationen Bestand haben muss. Und das ist ein zu tiefst christdemokratischer Ansatz.

Der Kern der Frage ist nicht, ob wir die Klimaziele einhalten, sondern wie wir sie einhalten. Wenn wir Deutschen für 1,73 Prozent des CO₂-Ausstoßes weltweit verantwortlich sind, dann ist es wichtig, dass wir unseren Beitrag zum Klimaschutz national leisten. Aber es ist beileibe nicht ausreichend. Wir werden nur etwas Positives für das Weltklima bewirken, wenn es uns gelingt, Klimaschutz auf eine attraktive Art und Weise zu machen, die nicht Wohlstand kostet und nicht zur Deindustrialisierung führt. Und das schaffen wir aus meiner Sicht nicht mit einer dirigistischen Politik und mit einer technologischen Engführung. Dieses Ziel ist nur mit marktwirtschaftlichen Anreizsystemen zu erreichen, mit Technologieoffenheit und mit der Innovationskraft von Unternehmen und Bürgern.

Die Stichworte sind also CO₂-Bepreisung, Emissionshandel und Technologieoffenheit als Instrumente des Klimawandels. Dafür muss der Staat ein Regelwerk schaffen. Aber muss der Staat darüber hinaus etwas tun?

Ich bin gegen zu viel Festlegung und dafür, dass man Potenziale nutzt. Lassen Sie mich ein Beispiel entlang des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) geben: Wir haben schon vor einigen Jahren entschieden, dass ab 2026 keine Ölheizungen mehr verbaut werden sollten, dann aber mit einem siebenjährigen Vorlauf, wo sich Unternehmen, aber auch die Bürger darauf einstellen konnten. Es kann aber durchaus sein, dass es Konstellationen im Gebäudebestand gibt, bei denen der Betrieb einer Gasheizung zusammen mit umfassenden Gebäude-Sanierungsmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes sehr viel sinnvoller ist als der Einbau einer Wärmepumpe. Das kann aber nicht der Staat entscheiden. Es kann doch nicht richtig sein, dass im Bundeswirtschaftsministerium zentral entschieden wird, dass für alle Bestandsgebäude, die in den nächsten 20 Jahren ihre Heizung auswechseln müssen, die Wärmepumpe

die einzige Technologie ist. Und das wird am Ende dazu führen, dass man für die CO₂-Einsparung gar nicht das Maximale erreicht – auch vor dem Hintergrund, dass mehr als die Hälfte des Stroms in Deutschland aus fossilen Quellen stammt.

Die Kosten für die Umsetzung des GEG werden auf 180 Milliarden Euro bis zu 600 Milliarden Euro geschätzt. Aber auch, wenn die Wärmewende über den Emissionshandel gesteuert wird, wird sie Geld kosten. Wie würde dann nach Ihrer Vorstellung eine Entlastung der Bürger aussehen? Förderung, oder eher ein Klimageld aus den Einnahmen für die Emissionszertifikate?

Wir dürfen nicht die Illusion erwecken, dass mit unseren marktwirtschaftlichen Vorstellungen der Klimaschutz eine kostenfreie Angelegenheit würde. Die Bepreisung von CO₂ führt dazu, dass der CO₂-Ausstoß Geld kostet, und durch die Verknappung der Zertifikate wird es grundsätzlich teurer werden, um die marktwirtschaftlichen Anreize für CO₂-Reduktion zu stärken. Und ich bin sehr dafür, dass das dadurch eingenommene Geld auch tatsächlich im Kreislauf bleibt und den Bürgern und auch den Unternehmen wieder zurückgegeben wird.

Lassen Sie mich ein anderes Thema aufgreifen, das Thema Migration. Sie haben ja eine starke kommunale Verankerung in Ihrer politischen Vita. Was kriegten Sie gespiegelt aus Ihrem Wahlkreis, von Ihren kommunalen Partnern, wie ist die Situation vor Ort, was die Zuwanderung angeht?

Die Herausforderungen vor Ort sind gewaltig. Allein im vergangenen Jahr sind 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine zu uns gekommen. Dazu gab es etwa 250.000 Asylanträge. Das bedeutet, dass vergangenes Jahr mehr Menschen schutzsuchend nach Deutschland kamen als in den Jahren 2015 und 2016 zusammen. Und da die Menschen ja





alle in den Städten und Gemeinden unseres Landes ankommen, sind dort die Herausforderungen für die Kommunen enorm. Die Rückmeldung, die ich bekomme, ist: Wir in Berlin beschränken uns in unserer Wahrnehmung häufig auf die Aufnahme, Versorgung und Unterbringung der Menschen. Aber für die Kommunen ist die Aufgabe sehr viel vielfältiger, zum Beispiel im Bereich der Kinderbetreuung, der Schulen, am Wohnungsmarkt, bei der ärztlichen Versorgung. Wir sehen eine extreme Anspannung der öffentlichen und privaten Infrastruktur. Das muss man zusammenbringen. Und das bedeutet für mich: Wir müssen die Kommunen stärker unterstützen, als es bisher der Fall ist. Und wir müssen neben der Steuerung und Ordnung der Migration auch den Mut haben, Migration zu begrenzen.

Tut das die Bundesregierung aus Ihrer Sicht?

Nein, das tut sie nicht. Im Gegenteil. Auch mit dem neuen Aufenthaltsrecht sendet sie das Signal in die Welt: Wer es einmal nach Deutschland geschafft hat, der kann hierbleiben. Und zwar unabhängig davon, ob ein Asylantrag berechtigt ist oder nicht. Und: Man darf nicht wie in der Vergangenheit den Fehler machen, humanitäre Migration mit Arbeitsmigration zu verwechseln. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Da zitiere ich unseren früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der schon in den 80er Jahren gesagt hat: Humanitäre Migration ist für diejenigen, die uns brauchen, Arbeitsmigration ist für diejenigen, die wir brauchen. Die großen Migrationswellen der vergangenen Jahre entspannten das Arbeitskräfteproblem in Deutschland nicht. Es war vor allem eine Migration in die sozialen Transfersysteme. Und das ist nicht in unserem Interesse.

Was sind Ihre Vorschläge für qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt?

Wir sollten eine „Work and Stay-Agentur“ aufbauen, die digital ausgerichtet ist, und in der dann die rechtlichen und konsularischen Fragen, Fragen wie die Anerkennung von Berufsabschlüssen, möglichst digital, möglichst aus einer Hand und möglichst zügig bearbeitet werden können.

Es ist ein Trugschluss unserer linken Regierung, dass sie glaubt, wir könnten dadurch attraktiv werden, dass man die Anforderungen für die Einbürgerung absenkt. Die Menschen, die als Leistungsträger zu uns kommen, fragen doch sehr viel eher, ob sie bei uns adäquaten Wohnraum finden, ob sie für ihre Kinder gute Betreuungs- und Beschulungsmöglichkeiten finden. Sie fragen nach einem leistungsorientierten Steuersystem. Und Fakt ist, dass wir mit unserem generösen Sozialstaat sehr attraktiv sind für diejenigen, die nicht so viel mitbringen, und sehr unattraktiv sind für diejenigen, die als Leistungsträger nicht nur in Deutschland umworben werden, sondern in vielen anderen Ländern der Erde.

Meine letzte Frage bezieht sich wieder auf die parlamentarische Arbeit: Es gibt jetzt eine Wahlrechtsreform. Wenn Sie einmal zehn Jahre nach vorne blicken, was glauben Sie, wie das Parlament in zehn Jahren aussieht, wie es arbeitet, wenn diese Wahlrechtsreform kommt?

„Wir müssen neben der Steuerung und Ordnung der Migration auch den Mut haben, Migration zu begrenzen.“

Die Novellierung des Wahlgesetzes, die von der Bundesregierung beschlossen wurde, bedeutet einen nahezu kompletten Schwenk hin zu einem Verhältniswahlrecht. Es schwächt die Wahlkreise, und das sorgt dafür, dass Listen und Parteien in diesem Gefüge gestärkt werden. Deutschland ist ein Land, das von ganz unterschiedlichen Regionen geprägt ist. Und die Qualität eines Parlaments zeigt sich auch darin, inwieweit es die Vielfalt des Landes auch in ihren Persönlichkeiten im Parlament abbildet. Und deswegen ist es wichtig, dass nicht alle Abgeordneten in Berlin leben, sondern zu jeder Sitzungswoche aus allen Teilen des Landes hierherkommen, mit den Erlebnissen und Eindrücken aus den ganz unterschiedlichen Teilen des Landes, die sie dann hier zu praktischer Politik verarbeiten. Und natürlich ist auch entscheidend, dass die Bürger das Gefühl haben müssen, ihren Abgeordneten gewählt zu haben, der ihnen im Übrigen auch erklärungspflichtig ist für das, was er tut oder unterlässt. Wir sollten alles verhindern, was dazu führt, dass wir uns in Richtung eines Funktionärsparlaments entwickeln. Und diese Gefahr sehe ich durch dieses Wahlrecht. Am Ende führt es nicht zu einem besseren Bundestag.

Lieber Herr Frei, ich bedanke mich für dieses Gespräch.



„Unternehmerisches Engagement wirkt!“

Manuela Roßbach,
Geschäftsführende Vorständin
von Aktion Deutschland Hilft

Als Unternehmen ein Zeichen zu setzen und soziale Verantwortung zu übernehmen zahlt sich aus! Denn Ihre Hilfe kommt Menschen in Not direkt zugute – und gleichzeitig stärken Sie das Engagement Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Immer mehr Unternehmen unterstützen Hilfsprojekte auf vielfältige und kreative Weise – zum Beispiel mit Spendenaktionen und Sammlungen. In humanitären Notsituationen ist das unendlich wertvoll. Die Zusammenarbeit mit renommierten Hilfsorganisationen bietet dabei großartige Chancen.

Liebe Leserinnen und Leser des Mittelstandsmagazins, an unserer Seite können Sie entscheidend zu überlebenswichtiger Nothilfe und wirksamer Katastrophenvorsorge in Krisengebieten beitragen. Helfen und spenden Sie nachhaltig – lassen Sie uns noch heute zu starken Partnern werden!

Gemeinsam können wir Leid lindern und Leben retten. Mein besonderes Anliegen: Unterstützen Sie Menschen aus der Ukraine, die infolge des Krieges auf der Flucht sind. Oder helfen Sie Menschen, die bei den Erdbeben in der Türkei und Syrien alles verloren haben.

Herzlichen Dank für Ihr großartiges Engagement. Ich freue mich sehr, Sie an unserer Seite zu wissen.

Ihre

Manuela Roßbach
Geschäftsführende Vorständin
von Aktion Deutschland Hilft

Unternehmen helfen: Starke Partner in der humanitären Hilfe

Aktion Deutschland Hilft ist Ihr starker Partner für unternehmerisches Engagement. In dem Bündnis haben sich mehr als 20 Hilfsorganisationen zusammengeschlossen. Bei Krisen und Katastrophen leisten sie weltweit Hilfe – gemeinsam, schnell und effektiv. Und Projekte zur Katastrophenvorsorge verhindern Leid, noch bevor es geschieht.

Ihr unternehmerisches Engagement und die langjährige Erfahrung der Hilfsorganisationen: Das sind großartige Voraussetzungen, Menschen in Not nachhaltig zu unterstützen.

Gerne beraten wir Sie persönlich und finden die passende Kooperationsmöglichkeit für Sie – kontaktieren Sie uns noch heute!

Wir beraten Ihr Unternehmen individuell und persönlich

E-Mail: marketing@Aktion-Deutschland-Hilft.de
Telefon: 0228 242 92-420



So können Sie als Unternehmen helfen

- Unternehmensspende zu besonderen Anlässen
- Spendensammlung oder Benefizveranstaltung
- Förderung eines konkreten Hilfsprojekts



Spendenkonto

DE62 3702 0500 0000 1020 30

www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/csr





Dass die CDU Wirtschaft, Klimaschutz und Energie als Säulen eines großen Ganzen sieht, machte die Volkspartei Mitte April beim Zukunftskongress im Berliner Tempodrom deutlich.

Regionale CO₂-Speicher gegen den Klimawandel

SO WIRD DIE KOHLENSTOFFENTNAHME ZU EINEM MEHRWERT FÜR ALLE BETEILIGTEN

Beim Zukunftskongress im Berliner Tempodrom machte die CDU deutlich, dass sie Wirtschaft und Klimaschutz als großes Ganzes betrachtet. Ein Teil des Programms: Ein Wettbewerb von Start-Ups, die innovative und technologische Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels präsentierten. Jedes Start-Up hatte einen Paten. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann war Patin des Start-Ups „Skermjan“ aus Dorfhain im Tharandter Wald in Sachsen. Der Pitch von Gründer und MIT-Mitglied Carsten Gieseler wurde mit dem zweiten Platz belohnt.

Was sind Carbon Removal Regions (CRR)?

Skermjan entwickelt regionale Konzepte zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre und dessen langfristiger Fixierung (Carbon Dioxide Removal) in Form von

Skermjan-Geschäftsführer Carsten Gieseler mit Gitta Conneemann bei der Präsentation auf dem Zukunftskongress der CDU



Welche Technologie kommt da zum Einsatz?

Kerntechnologie einer Carbon Removal Region ist die Pyrolyse von Biomasse. Hierbei wird die regionale Biomasse, wie zum Beispiel Holzhackschnitzel, Stroh oder Klärschlamm, unter hohen Temperaturen und dem Ausschuss von Sauerstoff umgesetzt. Dabei verwendet das Team von Skermjan den Teil der Biomasse, der nicht mehr der Ernährung bzw. als Baustoff dient. Es wird einem Ökosystem nur so viel Biomasse entnommen, wie nachwächst und nicht zur Eigenregeneration im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung verbleiben sollte.

Wie funktioniert der Pyrolyseprozess?

Bei dem Pyrolyseprozess wird der Kohlenstoff der Biomasse als Pflanzenkohle stabilisiert und dessen Zerfall verhindert. Dadurch wird der in der Photosynthese gebundene Kohlenstoff langfristig fixiert. Die Pflanzenkohle dient also als effizienter CO₂-

Speicher. Sie wird innerhalb der Carbon Removal Region in der Landwirtschaft eingesetzt. Aufgrund der porösen Struktur eignet sich die Pflanzenkohle als hervorragender Nährstoff- und Wasserspeicher, wodurch die Böden trockenheitsresistenter und produktiver werden. Gleichzeitig wird durch den Pyrolyseprozess regenerative Energie – also grüne Wärme und Strom – erzeugt, und zwar grundlastfähig, da die Anlagen im Dauerbetrieb (24/7) laufen. Die Energie wird in die kommunalen Netze eingespeist. So können Haushalte und Produktionsstandorte der Regionen verlässlich versorgt werden.

Übrigens: Skermjan kommt vom germanischen Wort „Skjerm“, was so viel bedeutet wie schützen/schirmen. Das passt wie die Faust aufs Auge zur Mission von Skermjan, die nämlich heißt: „Wir entziehen der Atmosphäre CO₂ und erhöhen die Biodiversität mit Hilfe innovativer Technologien. Unsere Lösung stabilisiert und entwickelt dabei nachhaltige, wirtschaftliche Geschäftsmodelle für regionale Ökosysteme.“



Lars Jüngling-Dahlhoff
Redakteur
juengling-dahlhoff@mit-bund.de

Pflanzenkohle (Biochar). Dazu identifizieren sie Biomasseströme und definieren auf dieser Basis optimale Standorte, an denen die Kohlenstoffentnahme energieeffizient, ressourcenoptimiert und mit Mehrwert für alle Beteiligten (zum Beispiel Gemeinden für die Wärmeversorgung oder von Unternehmen mit Wärme- oder Pflanzenkohlebedarf) genutzt werden kann. Die dabei entstehenden dauerhaften CO₂-Speicher werden regional aufbereitet und in landwirtschaftlichen Prozessen zur Steigerung der Biodiversität und der Erträge genutzt. Es entstehen sogenannte Carbon Removal Regions (CRR) – also regionale Ökosysteme, die widerstandsfähiger gegen den Klimawandel sind.

PRO & CONTRA

Brauchen wir sektorübergreifende Klimaziele?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Dem Klima ist es egal, wo CO₂ eingespart wird



Klaus Wiener MdB (60)
ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Die Aufregung war groß. Nach dem Koalitionsgipfel Ende März hat die Bundesregierung die genaue Einhaltung von CO₂-Einsparungen je Sektor gestrichen; ermöglicht wurde stattdessen eine Verrechnung der sektorspezifischen Klimaziele. Mit anderen Worten: Schafft ein Sektor die Reduktionsziele nicht, kann ein anderer einspringen.

„Eine Aufweichung des Klimaschutzes!“, war vielfach zu hören. Aber ist dem wirklich so? Schlecht ist ohne Frage, dass die Bundesregierung die Gesamtziele des Klimaschutzgesetzes seit geraumer Zeit reißt. Die geplante Verrechnung von Sektorzielen könnte aus meiner Sicht aber dazu beitragen, die Klimaziele kostengünstiger zu erreichen.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren des Wirtschaftens gehört, mit gegebenem Mitteleinsatz den größten Ertrag zu erzielen. Diese „Effizienz“ beim Einsparen von Treibhausgasemissionen unterscheidet sich aber von Sektor zu Sektor und ist abhängig von bereits erreichten Fortschritten. So kann zum Beispiel im Bereich Energieerzeugung mit relativ geringeren Mitteln mehr CO₂ eingespart werden als zum Beispiel bei der Gebäudewärme, wo neben einer teuren Wärmepumpe auch erhebliche Sanierungsarbeiten anfallen.

Das gleiche Argument gilt auch für den erreichten Grad an Klimaneutralität. Wir alle kennen das. Die ersten Erfolge sind leicht erzielt, zum Beispiel in Sachen Fitness. Schwierig wird es auf den letzten Metern. Dies gilt auch beim Erreichen des Maximalziels Klimaneutralität. Hat ein Sektor schon große Fortschritte gemacht, steigen die Kosten der Einsparung überproportional an. Besser wäre es daher, von den geringeren Kosten einer zusätzlich eingesparten Tonne CO₂ in den Sektoren zu profitieren, wo bislang weniger geschehen ist.

PRO

Dieses Prinzip gilt auch global. Die letzten CO₂-Einsparungen auf dem Weg zur vollständigen Klimaneutralität sind für ein Land mit großem finanziellem Aufwand verbunden. Besser ist es, weniger klimabewussten oder ärmeren Ländern beizuspringen, wo die „Netto-Null“ noch in weiter Ferne liegt.

All dies spricht meines Erachtens für die Sinnhaftigkeit, Sektorziele zu verrechnen. Denn – und das ist entscheidend – die Gesamtmenge an jährlichen CO₂-Einsparungen hat sich durch die Flexibilisierung der Ziele nicht verändert. Um es kurz zu sagen: Dem Klima ist egal, wo CO₂ eingespart wird. ●

Während bislang jedes Ministerium individuelle Klimaziele erfüllen musste, soll nun eine Gesamtrechnung erfolgen. Die Folge: Auf die Einzel-Ressorts wird bei der CO₂-Reduktion weniger Druck ausgeübt. Ist das sinnvoll?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Die Aufweichung der Sektorziele ist unverantwortlich

Ein Großteil aller ausgestoßenen CO₂-Moleküle verharrt Jahrhunderte lang in der Atmosphäre. Unser industrieller Aufstieg wurde von extrem viel CO₂ begleitet, dessen aufheizende Folgen leider noch lange wirken werden. Deswegen ist unsere Verantwortung deutlich größer als die immer zitierten zwei Prozent unseres heutigen Emissions-Volumens.

Überdurchschnittlich ist nach jeder Rechenart nicht nur unser Ausstoß, sondern auch dessen Auswirkung. Im Durchschnitt 1,6°C wärmer ist es bei uns heute als in vorindustrieller Zeit, weltweit „nur“ 1,15°C. Das klingt vielleicht wenig. Aber der Unterschied zur Eiszeit sind auch nur 4°C.

Friedrich Merz warnt zu Recht vor dem sterbenden Arnsberger Wald. Extremes Wetter, wie die schreckliche Flut im Ahrtal, die Dürren, die steigende Wasserknappheit zeigen, wie stark der Klimawandel bei uns angekommen ist. Und die Auswirkungen werden schlimmer und schwerer umkehrbar mit jedem weiteren Zehntelgrad, um das sich das Klima weiter erwärmt. Klimaziele sind keine politischen Wünsche, sondern physikalische Notwendigkeiten.

Wir sind keineswegs auf den letzten Metern der Reduzierung, sondern nicht mal bei der Hälfte. Die Ampel hat die mittelfristigen Ziele im Verkehrssektor fak-

tisch aufgegeben – ohne realistischen Ersatz. Heizungen schneller auszutauschen ist weder realistisch noch sozialverträglich. Wir hinken beim Ausbau von Wind und Sonne hinterher. Im Bereich Energie noch mehr zu schaffen, als die Ampel sich vorgenommen hat, ist Wunschdenken. Bleibt als Ersatz für den Verkehr nur die Industrie. Reden wir nicht drumherum: Beschleunigte Transformation dort bedeutet beschleunigte Deindustrialisierung. Ohne Zeit für den Umbau wird die Industrie es nicht schaffen.

Mit der Aufgabe der Sektorziele verlassen wir den gemeinsamen europäischen Pfad. Die vereinbarten Sektorziele sollen in Schritten in einen gemeinsamen Emissionshandel münden. Solange aber in einzelnen Sektoren Preisobergrenzen gelten (wie die 45 Euro pro t CO₂ beim Wohnen), um soziale Unruhen zu vermeiden, solange funktioniert kein sektorübergreifender Handel. Das ist aber genau der marktwirtschaftliche Weg, den wir in der EU weiterverfolgen sollten. Der jetzt gewählte deutsche Sonderweg ist schädlich, verstößt gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wird von dem noch von der Union eingesetzten Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung zu Recht scharf kritisiert und verschiebt zulasten unserer Kinder Probleme in die Zukunft. ●

CONTRA



Thomas Heilmann MdB (58)
ist Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie sowie Bundesvorsitzender der KlimaUnion

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Ausbildung und Beschäftigung im Jahr 2023 – Kompetenzen im Fokus

Lebenslanges Lernen, Mobilität und die Anerkennung inländischer sowie ausländischer Potenziale – dem widmet sich das von der Europäischen Kommission im Jahr 2020 ins Leben gerufene Europäische Jahr der Kompetenzen. Mit einer breiten Palette verschiedener Initiativen, die zum diesjährigen Europatag starteten, wird dazu beigetragen, die Bereitschaft der Europäer zum Ausbau und Entwicklung von Fähigkeiten zu erhöhen. Angesichts von Arbeitskräftemangel, demografischen Tendenzen und einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt eine richtige Schwerpunktsetzung! Die Initiative ist ein wichtiger Schritt zur Unterstützung von Arbeitnehmern und Unternehmen bei der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Denn Europas Erfolg hängt nicht zuletzt von qualifizierten Fach- und Arbeitskräften ab.



Wettbewerbsfähigkeit ade? – EU-Gesetz für unternehmerische Sorgfaltspflichten

In Deutschland bereits Realität, auf europäischer Ebene yet to come: Am 1. Juni stimmte eine Mehrheit im EU-Parlament für ein verhältnismäßig strenges EU-Lieferkettengesetz. Der Gesetzesvorschlag verpflichtet Unternehmen, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung entlang ihrer globalen Lieferketten zu überwachen und bestenfalls zu beheben. Nicht nur geht der Vorschlag in ausschlaggebenden Punkten weit über das deutsche Lieferkettengesetz hinaus. Es drohen umfangreiche Berichtspflichten, aber auch ein Flickenteppich hinsichtlich der Implementierung in den Mitgliedsstaaten. Eine Verantwortungslast für Unternehmen über Kontinente hinweg, die insbesondere für indirekt betroffene kleine und mittlere Unternehmen schwer zu stemmen sein wird. Von der Rechtsunsicherheit und der tatsächlichen Vereinbarkeit mit internationalen Standards abgesehen, kann dieses komplexe Regelungsnetzwerk zu derzeit nicht abschätzbaren Wettbewerbsnachteilen führen.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament



Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands

Volltreffer in Dortmund

Am 24./25. März tagte der MIT-Bundesvorstand bei Signal Iduna in Dortmund. Bei dieser Klausurtagung wurden wichtige Beschlüsse gefasst – etwa zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels.

Sogar der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst schaute vorbei. In seinem Grußwort wies er darauf hin, dass Ordnungspolitik aktuell so wichtig wäre wie lange nicht mehr. Er betonte, dass die Transformation der Wirtschaft eine große Aufgabe sei: Wachstum, Wohlstand und Stabilität müssten unter allen Umständen erhalten bleiben. Und Walter Nussel MdL, Bürokratiebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, erläuterte in einem Impuls-Vortrag, dass Bürokratie teilweise drei bis fünf Prozent der Kosten eines Unternehmens verursache. Daher sollten alle wesentlichen Anstrengungen auf dem Bürokratieabbau liegen.

Besonderes Highlight der Tagung: Am Abend besuchte der Bundesvorstand den „Signal Iduna Park“ und bestaunte die riesige Anlage. Echter Volltreffer: Einen Blick hinter die Kulissen gab's auch noch. Fazit: Jede Menge Arbeit und ein tolles Abendprogramm – eine rundum gelungene Tagung.



1. Der Bundesvorstand der MIT tagte in Dortmund; 2. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann mit Walter Nussel, Bürokratiebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung; 3. MIT-Bundesschatzmeister Michael Littig; 4. Der neue MIT-Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg; 5. Die Stimmung auf der Tagung war hervorragend; 6. Angela Erwin, die Landesvorsitzende der MIT NRW, mit Gitta Connemann; 7. Hendrik Wüst hielt auf der Klausurtagung eine Ansprache; 8. Volltreffer! Der Bundesvorstand hinter den Kulissen des Signal Iduna Parks; 9. Tilman Kuban, Angela Erwin und Klaus Wiener (v. l.) im Stadion

Abschiedsfeier im Humboldt Forum

Mach's gut, lieber Thorsten!

Ein Tschüss nach fast neun Jahren – das musste kräftig gefeiert werden! Gitta Connemann lud enge Wegbegleiter unseres bisherigen Hauptgeschäftsführers Thorsten Alsleben zu einer viel beachteten Abschiedsfeier ins Restaurant „Wilhelm Alexander“ im Berliner Humboldt Forum ein.

Dort bedankte sich der CDU-Parteivorsitzende und Fraktionschef Friedrich Merz persönlich für Alslebens herausragen-

de Arbeit, die er bei der MIT geleistet hat. Unsere Bundesvorsitzende Gitta Connemann schloss sich an und unterstrich: „Thorsten hat die MIT zu einer modernen Vereinigung, einer Ideenkammer, einem Sprachrohr für den Mittelstand ausgebaut.“ Immerhin: Thorsten Alsleben bleibt der Ordnungspolitik treu, schließlich übernahm er nun das Ruder bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).





1. Friedrich Merz (CDU-Vorsitzender), Gitta Connemann (MIT-Bundesvorsitzende), Thorsten Alsleben (ehem. MIT-Hauptgeschäftsführer); 2. Friedrich Merz im Interview mit Alexander Neubacher (Spiegel) und Alexander Kissler (NZZ); 3. Christina Stumpp (stellv. CDU-Generalsekretärin), Paul Ziemiak (Generalsekretär CDU NRW und CDU MdB), Thorsten Alsleben; 4. Michael Eilfort (Vorsitzender Stiftung Marktwirtschaft), Joe Chialo (Musikmanager, CDU Bundesvorstand); 5. Thorsten Alsleben, Robin Alexander (stellv. Welt-Chefredakteur), Tilman Kuban (CDU MdB); 6. Michael Borchard (Konrad-Adenauer-Stiftung), Michael Grosse-Brömer (Vorsitzender Bundestags-Wirtschaftsausschuss); 7. Steffen Bilger (stellv. Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagfraktion), Fabian Wendenburg (neuer MIT-Hauptgeschäftsführer); 8. Jana Schimke (CDU MdB), Carsten Linnemann (stellv. CDU-Vorsitzender), Sebastian Brehm (CSU MdB und Vorsitzender MU Bayern); 9. Jürgen Osterhage (Ex-ARD), Reiner Holzengel (Präsident Steuerzahlerbund), Hugo Müller-Vogg (Publizist); 10. Felix Pakleppa (Hauptgeschäftsführer Zentralverband des Baugewerbes), Oliver Zander (Hauptgeschäftsführer Gesamtmetall), Wilfried Oellers (CDU MdB); 11. Carsten Jäger (FDP-Bundesgeschäftsstelle), Philipp Amthor (CDU MdB); 12. Gitta Connemann, Friedrich Merz, Thorsten Alsleben; 13. Daniel Delhaes (Handelsblatt), Christoph Ploß (CDU MdB); 14. Achim Dercks (stellv. Hauptgeschäftsführer DIHK), Alexander Kissler (NZZ) und Carsten Linnemann



Personelle Veränderungen

Wendenburg übernimmt als MIT-Hauptgeschäftsführer/Pophal neuer Referent für Arbeit & Soziales

Fabian Wendenburg



Fabian Wendenburg hat am 1. Mai sein Amt als Hauptgeschäftsführer der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) angetreten. Zuvor arbeitete Wendenburg als Geschäftsführer des Verbandes „Familienbetriebe Land und Forst“

in Berlin, für den er seit 2018 tätig war. Nach seinem Magister in Politikwissenschaft, Regionalwissenschaften Nordamerika und Europarecht in Bonn erwarb Wendenburg an der Johns-Hopkins-Universität in Bologna und Washington in internationalen Wirtschaftswissenschaften einen Master-Abschluss. Nach Tätigkeiten bei den Beratungshäusern McKinsey und Brunswick wurde er 2009 Referent in der Hauptstadtrepräsentanz der Linde Group in Berlin. Von dort wurde er Büroleiter der parteilosen Berliner Wirtschaftssenatorin Sybille von Obernitz, bevor er 2013 zum Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wechselte. Dort war er unter anderem stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilungen für Außenwirtschaftspolitik und zuletzt in der Abteilung Strategische Planung. Bei der MIT tritt Wendenburg die Nachfolge von Thorsten Alsleben an, der als Geschäftsführer zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) wechselte.

Bastian Pophal



Ebenfalls zum 1. Mai nahm Bastian Pophal seine Tätigkeit als neuer Referent für Arbeit und Soziales und zugleich Justiziar der Mittelstands- und Wirtschaftsunion auf. Die Stelle war seit Dezember vakant. Der 37-jährige Arbeitsrechtler

arbeitete zuvor beim Handelsverband Deutschland (HDE) als Referent für Arbeits- und Sozialrecht sowie beim bpa Arbeitgeberverband, der die privaten Pflegedienste vertritt. Bastian Pophal hat in Kiel Jura mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Steuerrecht studiert. Sein Referendariat absolvierte er am Brandenburgischen Oberlandesgericht mit Stationen in Berlin und Brandenburg.

Vorschlag aus der SPD

Kontroverse um Vier-Tage-Woche

Rund um den 1. Mai entbrannte einmal mehr die Debatte über die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Angestoßen war die Diskussion dieses Mal durch SPD-Chefin Saskia Esken. Die Arbeitgeber lehnten den Vorstoß ab und verwiesen auf die drohenden Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft.

MIT-Chefin Gitta Connemann erklärte dazu gegenüber den Medien: „Die Industrie wandert aus Deutschland ab. Der Standort ist schon jetzt nicht mehr wettbewerbsfähig. Deutschland hinkt schon heute seinen Nachbarn hinterher. Jede weitere Belastung ist Gift. Die Forderung nach einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich kommt zur absoluten Unzeit. Zwei Millionen Stellen können in Deutschland nicht besetzt werden. Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist Wachstumsbremse Nummer 1. Vielen Betrieben fehlen nach Corona, Preisexplosionen und gestörten Lieferketten inzwischen Rücklagen. Der Mittelstand ist nicht mehr flüssig. Die Vier-Tage-Woche wäre da verheerend: Weniger Arbeit für den gleichen Lohn macht Produkte und Dienstleistungen noch teurer. Schon heute ist es möglich, weniger zu arbeiten und dafür auf Lohn zu verzichten. Der Mittelstand in Deutschland braucht dringendst Flexibilität und Entlastung. Die Einführung einer starren Vier-Tage-Woche ist das Gegenteil davon.“



Gründer

MIT fordert höhere Freibeträge bei Mitarbeiterkapitalbeteiligungen

Die MIT hat die Pläne von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) zur Förderung der Mitarbeiterbeteiligung an neuen Firmen kritisiert und deutlich höhere steuerliche Freibeträge gefordert. MIT-Chefin Gitta Connemann erklärte: „Die europäischen Nachbarn setzen den Maßstab. Der steuerfreie Höchstbetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen muss sich am europäischen Niveau orientieren. Und auf mindestens 10.000 Euro angehoben werden“, forderte sie. Ein Gesetzentwurf Lindners sieht dagegen einen neuen Höchstbetrag von 5.000 Euro vor.

Der Finanzminister will Unternehmensgründungen durch bessere Bedingungen für die Mitarbeiterbeteiligung fördern. Demnach soll für diese Firmen, wenn sie Mitarbeiter am Unternehmen beteiligen, künftig ein deutlich höherer Steuerfreibetrag gelten, und zwar von 5.000 Euro pro Kopf statt wie bisher 1.440 Euro. Das geht aus dem Entwurf des Bundesfinanzministeriums zum „Zukunftsfinanzierungsgesetz“ hervor, der Anfang April in die Ressortabstimmung ging. Gitta Connemann: „Wichtig ist jetzt Schnelligkeit. Die Ampel muss jetzt den Turbo einlegen, damit Gründer nicht ins Ausland abwandern. Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften bremst Betriebe und Volkswirtschaft. Die Beteiligung von Mitarbeitern am Unternehmen macht Arbeitgeber attraktiver. Das Ausland hat das Potenzial erkannt.“

Gesellschaft

Bürgerräte unterminieren die Bedeutung von Parlamenten

Die Ampel-Koalition setzt auf so genannte „Bürgerräte“ als Instrument der Bürgerbeteiligung. Thema des ersten Bürgerrates ist „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“. Während sich die Koalitionäre davon eine Stärkung der Demokratie erhoffen, gibt es bei der Union die Sorge vor einer Schwächung der Parlamente.

Die MIT-Bundsvorsitzende Gitta Connemann erklärte dazu: „Bürgerräte führen nicht zu mehr Demokratie – im Gegenteil. Damit wird die Bedeutung von Parlamenten unterminiert.“ Bürgerinnen und Bürger würden von gewählten Abgeordneten vertreten. Der Bundestag könne jederzeit Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft befragen. „Es braucht keine Alibi-Parlamente, die per Los zusammengewürfelt werden“, betonte Connemann.

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich in einem starken Verbund den Wirtschaftsstandort Koblenz stärken möchte.



Alexander Kreuzberg

Unternehmer,
MIT Koblenz

... der Mittelstand sehr wichtig für unseren Wohlstand ist.



Birgit Aufdemkamp

Wirtschaftsprüferin,
MIT Ennepe-Ruhr-Kreis

... zukunftsgerichtete Veränderungen junge Unternehmer mit strategischem Denken und Tatendrang brauchen.



Philipp Ewald

Ingenieur,
MIT Anhalt-Bitterfeld

Alexander Kreuzberg (33) entschied sich nach Erhalt des Gesellenbriefes für eine verkürzte Kaufmannsausbildung bei Edeka in Bonn. Nach zwei spannenden Jahren folgten direkt im Anschluss die internen Weiterbildungsprogramme der Edeka-Juniorengruppe inklusive vieler Stopps in ganz Deutschland. 2013 erfolgte dann der endgültige Eintritt in das Familienunternehmen mit mittlerweile drei Edeka-Standorten in Koblenz und Neuwied. Zehn Jahre arbeitete Alexander Kreuzberg mit seinem Vater, um die Standorte zukunftssicher aufzustellen. Im Januar 2023 übernahm Alexander Kreuzberg das Gesamtunternehmen und freut sich zusammen mit 250 Mitarbeitern auf viele spannende Jahre.

Birgit Aufdemkamp (56) wohnt und lebt mit ihrer Familie in der Universitätsstadt Witten an der Ruhr. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum absolvierte sie im Jahr 1995 das Steuerberater-Examen und wurde 2001 zur Wirtschaftsprüferin bestellt. Nach mehreren Stationen im Angestelltenverhältnis bei mittelständischen Steuerberater- und Wirtschaftsprüferkanzleien ist sie nunmehr seit über zehn Jahren selbstständig als einer der Partner bei der Salmann Bäune Himmelmann + Partner mbB in Hagen tätig. Hier berät sie insbesondere mittelständische Unternehmen, aber auch Freiberufler wie Ärzte oder Architekten in steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Belangen.

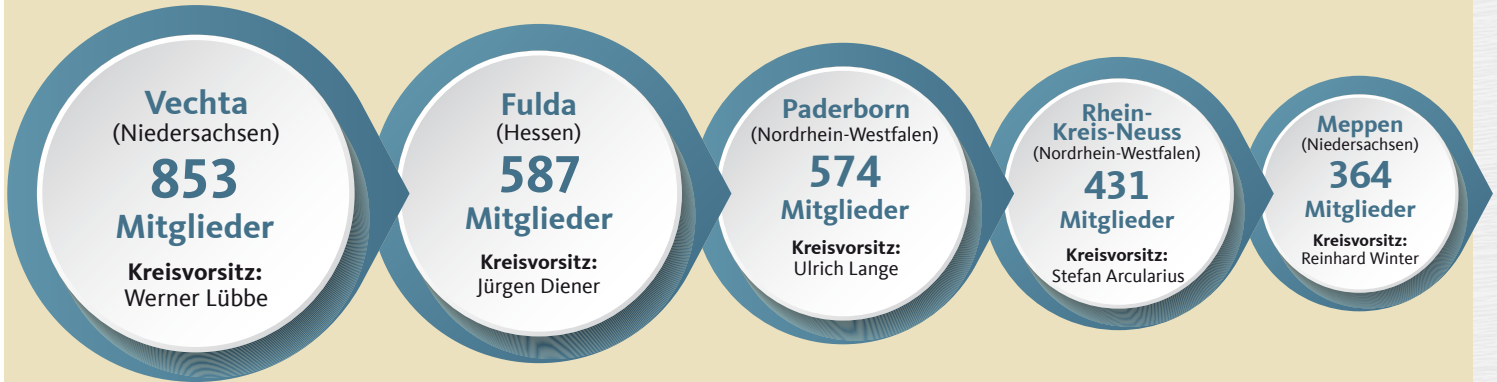
Philipp Ewald (33) lebt mit Frau und Kind in Bitterfeld-Wolfen. An der TU Dresden erlangte er seinen Abschluss als Dipl.-Ing. Maschinenbau und steht kurz vor Beendigung seines nebenberuflichen Studiums zum MBA. Seine Karriere startete er als Entwicklungsingenieur in den USA und beschloss, anschließend in die Unternehmensberatung in Deutschland zu wechseln. Nach seiner Zeit in einem Finanztechnologie-Unternehmen folgte eine Start-Up-Gründung, die nach zwölf Monaten abgegeben wurde. Seit zwei Jahren führt Philipp Ewald zusammen mit seiner Frau, die Dipl.-Ing. Architektin ist, ein Ingenieur- und Architekturbüro. Hierbei liegt der Fokus auf energietechnischem Planen und Bauen sowie Fördermittelberatung und -beschaffung.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

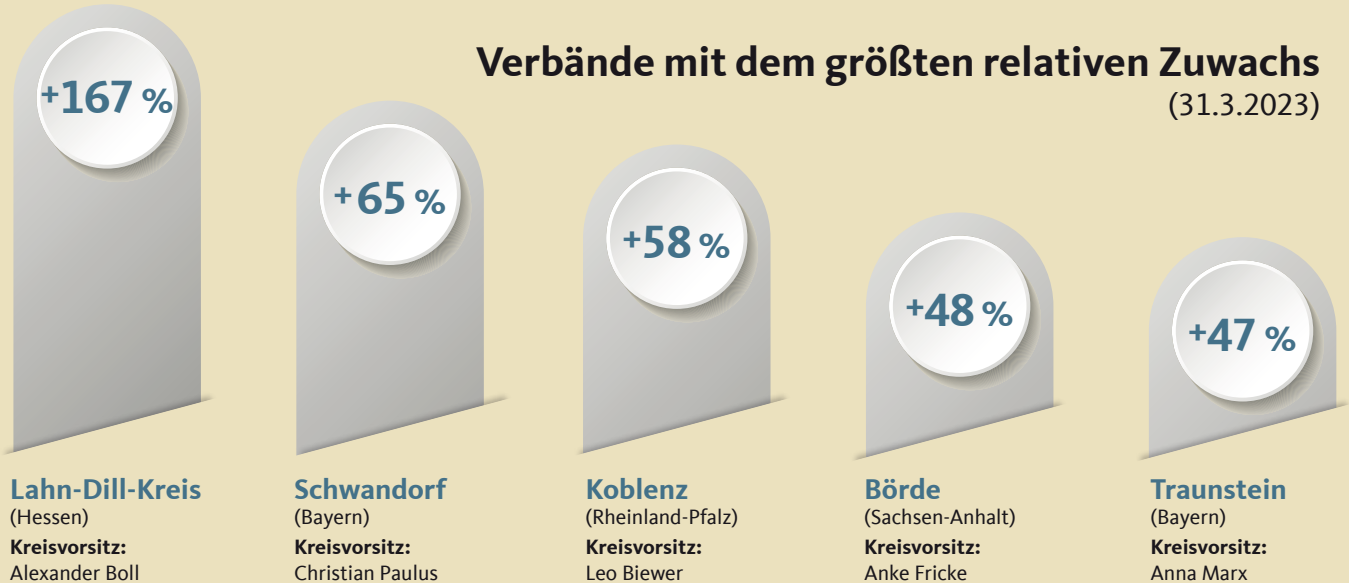


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.3.2023)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.3.2023)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.3.2023)



**UNSERE LEIDENSCHAFT
IST UNSERE BERUFUNG.
UND UNSERE STEUERBERATUNG
DIE GRÖSSTE HILFE.**

Im Restaurant Margarete dreht sich alles um Regionalität und Nachhaltigkeit. Dank der Unterstützung ihrer Steuerberatung und den digitalen Lösungen von DATEV können sie sich voll und ganz auf ihre Gäste konzentrieren.

Raffaella und Simon,
Inhaberin und Inhaber Restaurant MARGARETE

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.



**„Mein Traum:
Führungskräfte zu
Leitwölfen machen.“**

Mit seinem Bürokrum ist er voll in der Spur.

Erfolgreiche Teamführung lernt man am besten durch Extremerfahrungen. Dafür schickt Hendrik Stachnau Führungskräfte auf dünnes Eis - mit seinen Schlittenhunden. Für den Business-Coach ist nervige Buchhaltung dabei Schnee von gestern, das macht er digital. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält. www.lexware.de

LEXWARE

Einfach machen